



173 Bericht von Patricia Gallego Granados und Katharina Wrohlich

Gender Pay Gap besonders groß bei niedrigen und hohen Löhnen

- Detaillierte Auswertung von Daten zum Gender Pay Gap, der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern
- Mittlerer Gender Pay Gap in Deutschland auf zuletzt 16 Prozent gesunken
- Größerer Gender Pay Gap bei niedrigen und insbesondere hohen Löhnen

180 Interview mit Patricia Gallego Granados

Korrigierte Version
(Tabelle 2 auf Seite 185)



181 Bericht von Karl Brenke und Jan Pfannkuche

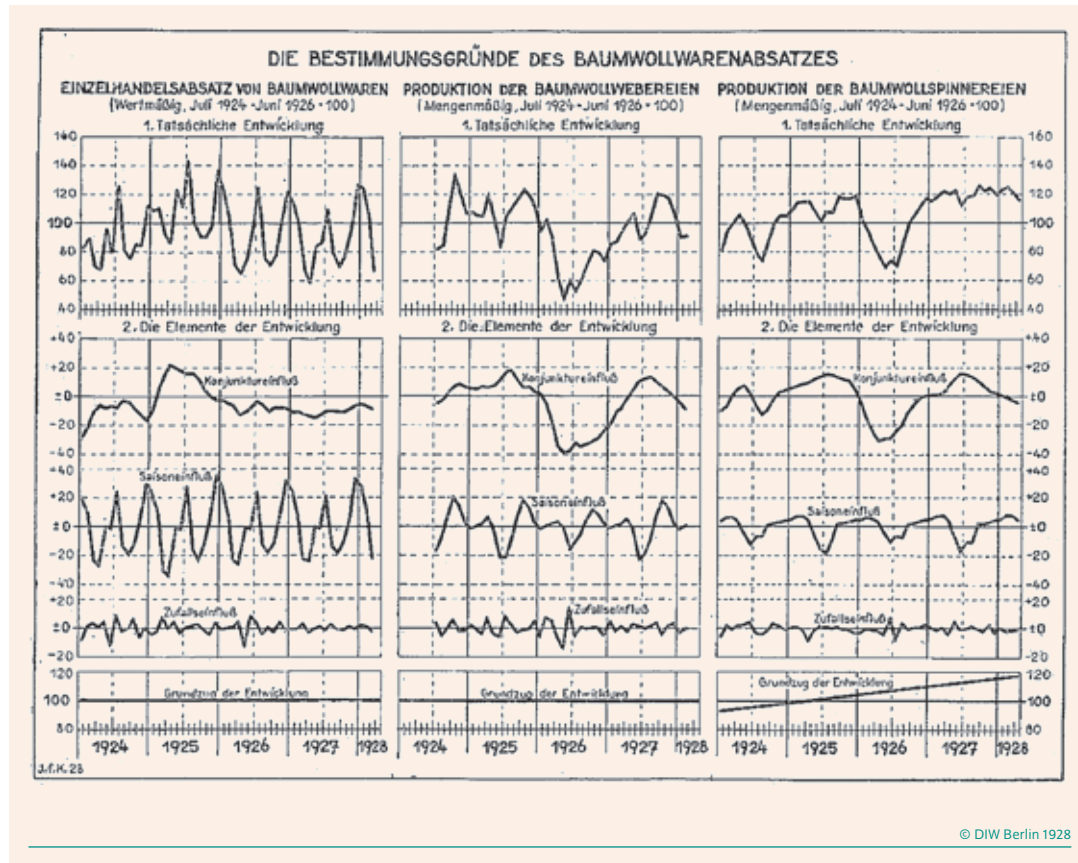
Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab

- Private Haushalte in Deutschland gaben im Jahr 2013 durchschnittlich 2 460 Euro pro Monat aus
- Sparquote im Mittel bei gut 17 Prozent
- Vielen Haushalten gelingt es jedoch nicht, regelmäßig Geld zur Seite zu legen

194 Kommentar von Stefan Liebig

Die Tafeln als Versagen des deutschen Wohlfahrtsstaats?
Kann man so nicht sagen.

Die Bestimmungsgründe des Baumwollwarenabsatzes



Es zeigt sich, dass der Einzelhandelsabsatz stärkeren Schwankungen unterliegt als die Baumwollgewebe- und insbesondere die Baumwollproduktion. [...] An diesen Schwankungen sind die einzelnen Komponenten aber in sehr verschiedenem Grade beteiligt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 10 vom 6. Juni 1928

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200
85. Jahrgang 7. März 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Alexandra Fedorets; Dr. Simon Junker

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

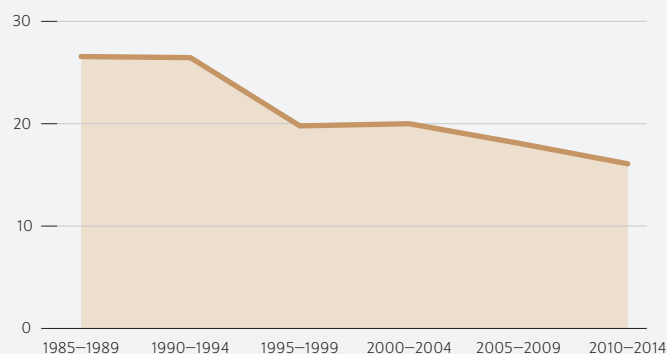
Gender Pay Gap besonders groß bei niedrigen und hohen Löhnen

Von Patricia Gallego Granados und Katharina Wrohlich

- Neue Auswertung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zum Gender Pay Gap in Deutschland
- Mittlere Lohnlücke zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern lag im Zeitraum 2010 bis 2014 bei 16 Prozent – gegenüber knapp 27 Prozent Ende der 80er-Jahre
- Gender Pay Gap steigt mit dem Alter deutlich an und ist zudem größer bei Gering- und SpitzenverdienerInnen sowie bei Beschäftigten mit Kindern
- Politik sollte bessere Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit schaffen
- Arbeitgeber sollten auf geschlechtergerechte Organisationsstrukturen hinwirken

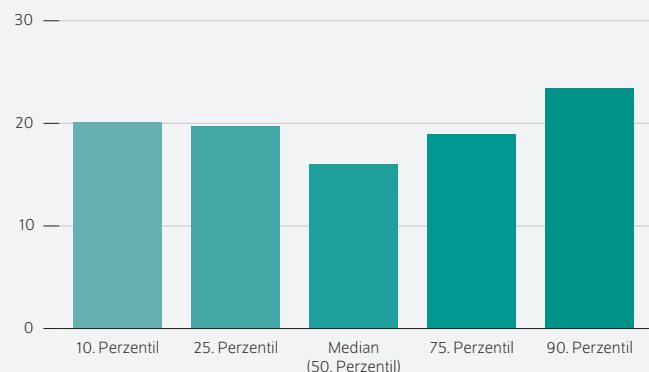
Der mittlere Gender Pay Gap ist in den letzten Jahren um zehn Prozentpunkte gefallen. Er bleibt aber groß bei niedrigen und insbesondere bei hohen Löhnen.

Mittlerer Gender Pay Gap für Vollzeitbeschäftigte in Fünfjahresabschnitten
Am Median, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 1985–2014 (gewichtete Zahlen).

Gender Pay Gap für Vollzeitbeschäftigte an verschiedenen Stellen der Lohnverteilung, 2010 bis 2014
In Prozent



© DIW Berlin 2018

ZITAT

Die Lohnlücke war mit 24 Prozent im Jahr 2014 am größten am oberen Rand der Lohnverteilung. Dies deutet auf eine „gläserne Decke“ hin – hoch bezahlte Jobs, wie zum Beispiel in Führungspositionen, werden unterdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt.

— Patricia Gallego Granados —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Patricia Gallego Granados
www.diw.de/mediathek

Gender Pay Gap besonders groß bei niedrigen und hohen Löhnen

Von Patricia Gallego Granados und Katharina Wrohlich

ABSTRACT

Noch immer erhalten Frauen im Mittel geringere Löhne als Männer. Auf Basis einer neuen Auswertung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt dieser Bericht, dass sich die mittlere Lohnlücke, der Gender Pay Gap, von Vollzeitbeschäftigten in den letzten drei Jahrzehnten deutlich reduziert hat. Im Zeitraum 2010 bis 2014 lag sie bei 16 Prozent. Die Lohnlücke ist nach wie vor an den Rändern der Lohnverteilung sowie für Personen mit Kindern höher und steigt mit dem Alter an. Dies deutet auf weiterhin bestehende Schwierigkeiten für Frauen hin, aus dem Niedriglohnsektor aufzusteigen und insbesondere Positionen im Top-Segment zu besetzen. Zudem legen die deskriptiven Befunde negative Auswirkungen der ungleichen Aufteilung der Sorgearbeit auf die Lohnentwicklung nahe. Um den Ursachen des Gender Pay Gaps entgegenzuwirken, bedarf es vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen. Die Politik sollte bessere Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechtere Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit setzen, beispielsweise durch eine Reform des Ehegattensplittings oder einen Ausbau der Partnermonate beim Elterngeld. Unternehmen sind gefordert, ihre Organisationsstrukturen konsequent daraufhin auszulegen, dass Chancengleichheit von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt gegeben ist.

Die sogenannte unbereinigte statistische Lohnlücke zwischen Frauen und Männern,¹ also der Unterschied der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste, betrug im Jahr 2017 21 Prozent.² Diese Zahl ist jährlich Anlass für den *Equal Pay Day*, der dieses Jahr am 18. März begangen wird.³

Die Ursachen für den Gender Pay Gap, der auf Basis von Stundenlöhnen berechnet wird, sind vielfältig. Ein wesentlicher Grund sind familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und Phasen von Teilzeit-Erwerbstätigkeit. Diese werden hauptsächlich von Frauen wahrgenommen und wirken sich negativ auf die Löhne aus. Neben vielen weiteren Ursachen spielt auch die berufliche Segregation am Arbeitsmarkt eine wesentliche Rolle.⁴ Die Folgen des Gender Pay Gaps sind gravierend. Ein im Mittel geringerer Lohn bringt nicht nur finanzielle Einbußen während der Karriere mit sich. Auch sind die Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall sowie spätere Renten- oder Pensionsansprüche geringer. Daher ist die tatsächliche Lohnlücke zwischen Frauen und Männern sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene bedeutsam.

Auf Basis einer neuen Auswertung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP, Kasten) zeichnet dieser Bericht die Entwicklung des Gender Pay Gaps in Deutschland über den Zeitraum 1985 bis 2014 nach. Insbesondere wird hierbei auf unterschiedliche Entwicklungen für verschiedene Lohn- und Altersgruppen eingegangen. Die Befunde zeigen, dass für Vollzeitbeschäftigte die durchschnittliche Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in der ersten Hälfte der 2010er-Jahre bei rund 19 Prozent lag (Tabelle).⁵

¹ Zur Diskussion der Begriffe „bereinigte“ und „unbereinigte“ Lohnlücke siehe den Eintrag Gender Pay Gap im Glossar des DIW Berlin (online verfügbar, abgerufen am 26. Februar 2018). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt. In diesem Bericht werden die Begriffe Lohnlücke und Gender Pay Gap synonym verwendet.

² Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 17. März 2017: Drei Viertel des Gender Pay Gap lassen sich mit Strukturunterschieden erklären (online verfügbar).

³ Siehe die Website der Kampagne Equal Pay Day (online verfügbar).

⁴ Für eine aktuelle Studie zu den Einflussfaktoren auf den Gender Pay Gap, siehe Christina Boll und Andreas Lagemann (2018): Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft – Höhe, Entwicklung 2010–2014 und Haupteinflussfaktoren. HWWI Policy Paper 107 (online verfügbar).

⁵ Damit lag sie etwas unterhalb der durchschnittlichen Lohnlücke für alle Beschäftigten, also nicht nur Vollzeitbeschäftigte. Für diese betrug sie im selben Zeitraum 22 Prozent, siehe Statistisches Bundesamt (2017), a. a. O.

Kasten

Datenbasis und Methodik

Dieser Bericht basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnitterhebung der Bevölkerung in Deutschland.¹ Der Datensatz ist besonders gut für Berechnungen des Gender Pay Gaps geeignet, da er detaillierte Informationen zu Brutto-Stundenverdiensten und zur wöchentlichen Arbeitszeit beinhaltet.

Zur Berechnung der Lohnlücke werden Beobachtungen von abhängig beschäftigten Personen im Alter zwischen 20 und 55 Jahren aus den Jahren 1985 bis 2014 verwendet. Beobachtungen aus Ostdeutschland werden erst ab 1990 einbezogen. Selbständige, Personen in Ausbildung und Nicht-Beschäftigte werden bei der Untersuchung nicht berücksichtigt. Hierbei werden jeweils Zeiträume von fünf Jahren zusammengefasst, um langfristige Entwicklungen nachzuzeichnen.²

Darüber hinaus bezieht sich die Analyse ausschließlich auf Vollzeitbeschäftigte. Als Vollzeitbeschäftigte werden Personen mit einer tatsächlichen Arbeitszeit von durchschnittlich mindestens 30 Wochenstunden verstanden. Die Literatur hat gezeigt, dass Teilzeitbeschäftigte im Schnitt niedrigere Löhne als Vollzeitbeschäftigte erhalten und dass Frauen eine große Mehrheit aller Teilzeitbeschäftigten darstellen.³ Zudem ist die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten in Deutschland über die letzten Jahrzehnte stark gestiegen. Um die Entwicklung des Gender Pay Gaps von anderen Entwicklungen am Arbeitsmarkt, wie etwa dem starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, getrennt betrachten zu können, ist diese Analyse auf Vollzeitbeschäftigte beschränkt.

Zur Berechnung des Gender Pay Gaps werden zunächst die Bruttomonatsverdienste durch die Anzahl der tatsächlichen Arbeitsstunden geteilt. Diese Bruttostundenverdienste werden im Anschluss logarithmiert. Der Unterschied zwischen den logarithmierten Bruttostundenverdiensten von Männern und Frauen kann als Gender Pay Gap in Prozent interpretiert werden.

¹ Für eine Einführung, siehe Gert. G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). ASIA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (4), 301–328.

² Die aktuellsten Daten im SOEP liegen für das Jahr 2016 vor. Durch die Zusammenfassung in Fünfjahresschritte endet der Analysezeitraum im Jahr 2014.

³ OECD (2010): How Good is Part-Time Work? In: Employment Outlook 2010. Paris, 211–266 (online verfügbar).

Lohnlücke bei mittleren Löhnen kleiner als bei niedrigen und hohen Löhnen

Während der durchschnittliche Gender Pay Gap den gemittelten Lohnunterschied über alle Gehaltsklassen hinweg angibt, zeigen sich deutlich unterschiedliche Lohnlücken für niedrige, mittlere und hohe Einkommen. Hierzu werden verschiedene Stellen der Einkommensverteilung von Frauen und Männern separat betrachtet.

Tabelle

Gender Pay Gap bei Vollzeitbeschäftigten in Deutschland für verschiedene Perzentile der Lohnverteilung, 1985 bis 2014

In Prozent

	Durchschnitt	10. Perzentil	25. Perzentil	Median (50. Perzentil)	75. Perzentil	90. Perzentil
1985–1989 ¹	29,7	32,6	29,7	26,6	25,6	29,8
1990–1994	29,8	33,6	34,6	26,5	27,0	28,6
1995–1999	21,7	22,9	18,1	19,8	21,1	24,9
2000–2004	22,8	25,1	22,8	20,0	20,5	26,0
2005–2009	20,5	22,4	22,9	18,1	18,6	19,1
2010–2014	19,1	20,1	19,8	16,1	19,0	23,5

¹ Für diese Jahre beziehen sich die Werte nur auf Westdeutschland.

Lesehilfe: Das 10. Perzentil der Lohnverteilung ist derjenige Lohn, für den zehn Prozent der Löhne geringer sind und 90 Prozent der Löhne höher.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 1985–2014 (gewichtete Zahlen).

© DIW Berlin 2018

Der Gender Pay Gap hat sich in Deutschland seit 1985 deutlich verringert, bleibt aber für niedrige und insbesondere für hohe Einkommen groß.

Der Medianlohn gibt hierbei die statistische Mitte der Lohnverteilung an – genau die Hälfte der Frauen (Männer) hat im Betrachtungszeitraum einen höheren beziehungsweise niedrigeren Lohn erhalten.⁶ Betrachtet man den Medianlohn, so lag die sogenannte mittlere Lohnlücke etwas unterhalb der durchschnittlichen Lohnlücke, nämlich bei 16 Prozent (Abbildung 1).⁷

Damit ist die mittlere Lohnlücke auch deutlich niedriger als die Lohnlücke im unteren Bereich der Lohnverteilung: Betrachtet man das zehnte Perzentil der Lohnverteilung – also denjenigen Wert, für den zehn Prozent der Löhne darunter liegen und 90 Prozent der Löhne darüber – so lag die Lohnlücke bei 20 Prozent; am 25. Perzentil lag sie bei 20 Prozent. Auch im oberen Bereich der Lohnverteilung lag die Lohnlücke höher als in der Mitte: Am 75. Perzentil betrug die Lücke 19 Prozent und am höchsten war die Lohnlücke mit rund 24 Prozent bei den höchsten Löhnen – am 90. Perzentil (Abbildung 1).

Der Gender Pay Gap ist in der Mitte der Lohnverteilung somit niedriger als an den Rändern. Dieser Befund eines U-förmigen Verlaufs über die Lohnverteilung (Abbildung 1) wurde in der Literatur bereits häufiger festgestellt und wird oft als *Glass Ceiling* (gläserne Decke) beziehungsweise *Sticky Floor* (klebriger Boden) bezeichnet.⁸ Der Befund eines *Sticky Floors*, also ein größerer Gender Pay Gap für niedrige

⁶ Zur Begriffsklärung des Medians siehe auch den Eintrag im Glossar des DIW Berlin zum Stichwort „Medianeinkommen“ (online verfügbar).

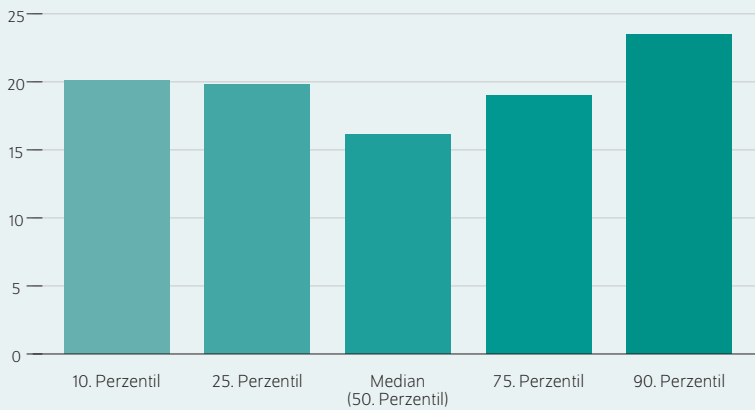
⁷ Weitere Auswertungen für Deutschland auf Basis administrativer Daten kommen zu einem vergleichbaren Ergebnis. Vgl. Alexandra Fedorets (2015): Job tasks, wage formation and occupational mobility. Dissertation, Humboldt Universität zu Berlin (online verfügbar).

⁸ Siehe dazu z. B. James Albrecht, Anders Björklund und Susann Vroman (2003): Is there a glass ceiling in Sweden? *Journal of Labor Economics*, 21 (1), 145–177; Wiji Arulampalam, Alison L. Booth und Mark L. Bryan (2007): Is there a glass ceiling over Europe? Exploring the gender pay gap across the wage distribution. *Industrial and Labor Relations Review*, 60 (2), 163–186; Louis N. Christophides, Alexandros Polycarpou und Konstantinos Vrachimis (2013): Gender wage gaps, 'sticky floors' and 'glass ceilings' in Europe. *Labour Economics* 21, 86–102.

Abbildung 1

Gender Pay Gap bei Vollzeitbeschäftigten an verschiedenen Stellen der Lohnverteilung, 2010 bis 2014

In Prozent



Lesehilfe: Das 10. Perzentil der Lohnverteilung ist derjenige Lohn, für den zehn Prozent der Löhne geringer sind und 90 Prozent der Löhne höher.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 2010 bis 2014 (gewichtete Zahlen).

© DIW Berlin 2018

Der Gender Pay Gap war in den Jahren 2010-2014 stärker ausgeprägt für niedrige und höhere Löhne. Am größten war der Gender Pay Gap im obersten Bereich der Lohnverteilung.

Löhne, deutet darauf hin, dass Jobs im Niedriglohnsektor überdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt werden. *Glass Ceilings* deuten hingegen darauf hin, dass sehr gut bezahlte Jobs, wie beispielsweise Führungspositionen in großen Unternehmen, unterdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt werden.⁹ Dieser U-förmige Verlauf des Gender Pay Gaps über die Lohnverteilung wurde auch für die USA und andere Länder nachgewiesen.¹⁰ Teilweise sind die Unterschiede insbesondere zwischen dem Gender Pay Gap bei hohen im Vergleich zu mittleren Löhnen noch stärker ausgeprägt als in Deutschland.¹¹

Lohnlücke hat sich in den vergangenen 30 Jahren deutlich reduziert

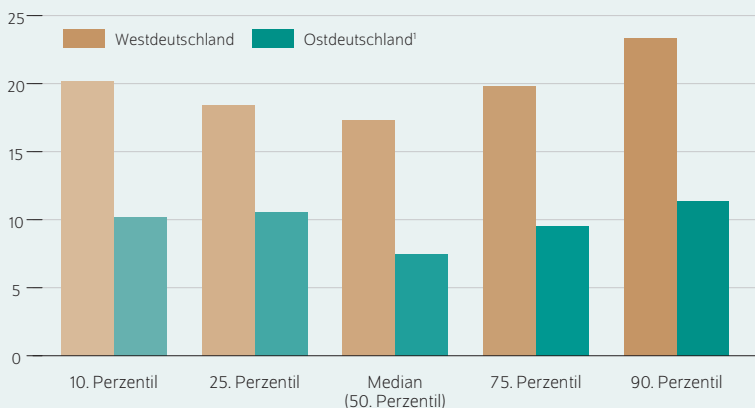
Ein Vergleich des Gender Pay Gaps über die Zeit zeigt, dass er in den letzten drei Jahrzehnten deutlich gesunken ist. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre betrug die mittlere Lohnlücke noch rund 27 Prozent – das waren über zehn Prozentpunkte mehr als in der ersten Hälfte der 2010er Jahre (Tabelle). Der Rückgang des Gender Pay Gaps in den letzten 30 Jahren hängt unter anderem mit der Entwicklung der schulischen und beruflichen Bildung von Frauen zusammen. In den letzten drei Jahrzehnten hat beispielsweise der Anteil der Frauen mit Universitätsabschluss deutlich zugenommen und liegt für jüngere Kohorten mit dem für Männer gleichauf.¹²

Die Lohnlücke in der unteren Hälfte der Lohnverteilung ist in etwa in derselben Größenordnung zurückgegangen wie in der Mitte der Lohnverteilung: am zehnten Perzentil von 32 auf 20 Prozent und am 25. Perzentil von 30 auf 20 Prozent. In der oberen Hälfte der Lohnverteilung sank die Lohnlücke jedoch weniger stark, und zwar von 26 auf 19 Prozent am 75. Perzentil und von 30 auf 24 Prozent am 90. Perzentil. Dies zeigt, dass offensichtlich das Problem der *Sticky Floors* in Deutschland über die Zeit abgenommen hat – zumindest für Vollzeitbeschäftigte – während das Phänomen der gläsernen Decke nach wie vor stark ausgeprägt ist.¹³ Ein deutlich geringerer Rückgang des Gender Pay Gaps am oberen Ende der Lohnverteilung wurde auch für die USA nachgewiesen.¹⁴

Abbildung 2

Gender Pay Gap bei Vollzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland an verschiedenen Stellen der Lohnverteilung, 2010 bis 2014

In Prozent



1 Inklusive Berlin

Lesehilfe: Das 10. Perzentil der Lohnverteilung ist derjenige Lohn, für den zehn Prozent der Löhne geringer sind und 90 Prozent der Löhne höher.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 2010 bis 2014 (gewichtete Zahlen).

© DIW Berlin 2018

Der Gender Pay Gap war in den Jahren 2010 bis 2014 in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland.

⁹ Vergleiche hierzu z. B. Elke Holst und Katharina Wrohlich (2018): Spitzengremien großer Unternehmen: Geschlechterquote für Aufsichtsräte greift, in Vorständen herrscht beinahe Stillstand. DIW Wochenbericht Nr. 1+2 2018, 3–17 (online verfügbar).

¹⁰ Für die USA, siehe z. B. Francine Blau und Lawrence Kahn (2017): The Gender Wage Gap: Extent, Trends, and Sources. *Journal of Economic Literature* 55 (3), 789–865.

¹¹ So haben beispielsweise Dänemark und Finnland zwar deutlich niedrigere durchschnittliche Gender Pay Gaps als Deutschland, jedoch sind die Gender Pay Gaps für höhere Löhne in diesen Ländern ebenfalls sehr groß, siehe Christophides, Polycarpou und Vrachimis (2013), a. a. O.

¹² Vgl. dazu Statistisches Bundesamt (2018): Bildungsstand der Bevölkerung – Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Wiesbaden (online verfügbar). Zudem haben Studien gezeigt, dass der technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte dazu geführt hat, dass mehr Nicht-Routine Tätigkeiten mit höheren kognitiven Anforderungen gefragt sind. Diese Art von Jobs wurde überproportional häufig von Frauen besetzt. Vgl. dazu Sandra Black und Alexandra Spitz-Oener (2010): Technological Change and the Skill Content of Women's Work. *Review of Economics and Statistics* 92 (1), 187–194.

¹³ Vgl. hierzu auch Elke Holst und Martin Friedrich (2017): Führungskräfte-Monitor 2017. DIW Politikberatung kompakt Nr. 121 (online verfügbar); sowie Elke Holst und Anne Busch (2009): Der „Gender Pay Gap“ in Führungspositionen der Privatwirtschaft in Deutschland. SOEPPapers Nr. 169 (online verfügbar).

¹⁴ Vgl. Blau und Kahn (2017), a. a. O.

Erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West

Ein Vergleich des Gender Pay Gaps zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt ebenfalls erhebliche Unterschiede auf. Während die mittlere Lohnlücke von Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland in den Jahren 2010 bis 2014 rund 17 Prozent betrug, so lag sie in Ostdeutschland zehn Prozentpunkte niedriger – bei nur sieben Prozent (Abbildung 2). Aber auch in Ostdeutschland zeigt sich das Phänomen, dass die Lohnlücke am unteren und am oberen Ende der Lohnverteilung mit etwa zehn beziehungsweise elf Prozent größer ist als in der Mitte.

Die Entwicklung des mittleren Gender Pay Gaps in den letzten 25 bis 30 Jahren verlief in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich. In Westdeutschland kann ein so gut wie kontinuierlicher Rückgang des Gender Pay Gaps unter Vollzeitbeschäftigten verzeichnet werden (Abbildung 3). In den Jahren 1985 bis 1990 betrug der mittlere Gender Pay Gap in Westdeutschland knapp 27 Prozent und sank bis zu den Jahren 2010 bis 2014 auf 17 Prozent.

In Ostdeutschland lag die Lohnlücke in der ersten Hälfte der 90er-Jahre bei knapp 14 Prozent und sank dann in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre auf nur knapp zwei Prozent. Dies ist allerdings nicht auf eine Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zurückzuführen. Vielmehr ist dies das Resultat gravierender Selektionseffekte am Arbeitsmarkt, die durch den Transformationsprozess nach der Wende verursacht wurden. Viele, vor allem gering qualifizierte Frauen waren in den 90er-Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote von Frauen stieg deutlich stärker als die von Männern. Diese Entwicklungen haben zu einer Verringerung des Gender Pay Gaps in Ostdeutschland geführt.¹⁵ Mit zunehmender Erholung des ostdeutschen Arbeitsmarktes stieg auch der Gender Pay Gap in den Jahren ab 2000 auch wieder an, auf 7,5 Prozent in der ersten Hälfte der 2010er-Jahre (Abbildung 3).

Junge Frauen haben die geringste Lohnlücke

Die Lohnlücke unterscheidet sich nicht nur zwischen Ost und West oder nach Höhe des Stundenlohns, sondern auch deutlich zwischen einzelnen Altersgruppen.¹⁶ Am niedrigsten ist die Lohnlücke für junge Beschäftigte im Alter von 20 bis 29 Jahren (Abbildung 4). Für diese Gruppe betrug sie gegen Ende des Beobachtungszeitraums in Westdeutschland weniger als fünf Prozent. Bei Beschäftigten im Alter von 30 bis 39 Jahren betrug sie zehn Prozent und bei Beschäftigten im Alter von 40 bis 49 Jahren betrug sie über 20 Prozent.¹⁷

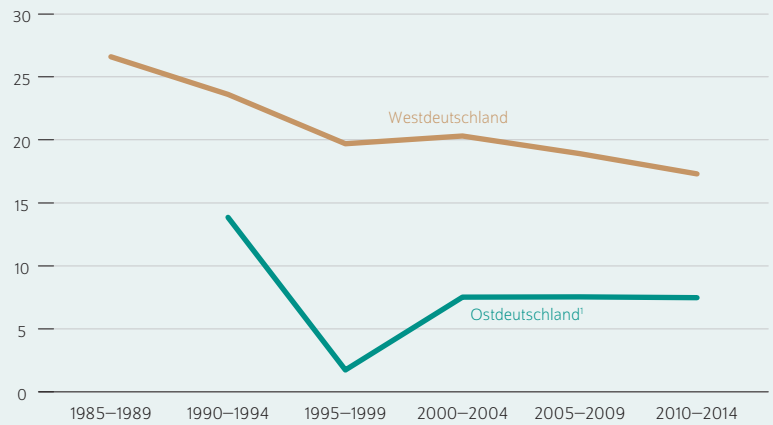
¹⁵ Vgl. hierzu Jennifer Hunt (2002): The transition in East Germany: When is a ten-point fall in the gender wage gap bad news? *Journal of Labour Economics* 20, 148–169; sowie Rachel A. Rosenfeld, Heike Trappe und Janet C. Gornick (2004): Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. *Annual Review of Sociology* 30, 103–124.

¹⁶ Die Analyse der Lohnlücke getrennt nach Altersgruppen wird im Folgenden nur für Westdeutschland durchgeführt, da die oben beschriebenen Selektionseffekte in Ostdeutschland die Interpretation der Ergebnisse erschweren.

¹⁷ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt das Statistische Bundesamt in Analysen auf Basis der Verdienststrukturerhebung. Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Frauenverdienste–Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich? (online verfügbar).

Abbildung 3

Entwicklung des mittleren Gender Pay Gaps bei Vollzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland, 1985 bis 2014 In Prozent



1 Inklusive Berlin

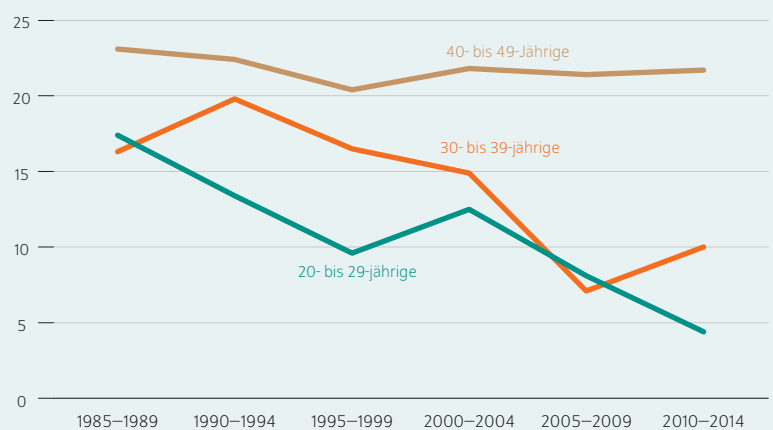
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 1985–2014 (gewichtete Zahlen).

© DIW Berlin 2018

Während der mittlere Gender Pay Gap in Westdeutschland kontinuierlich zurückgegangen ist, bleibt er in Ostdeutschland seit dem Jahr 2000 konstant auf niedrigerem Niveau.

Abbildung 4

Entwicklung des mittleren Gender Pay Gaps bei Vollzeitbeschäftigten nach Altersgruppen in Westdeutschland, 1985 bis 2014 In Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 1985–2014 (gewichtete Zahlen).

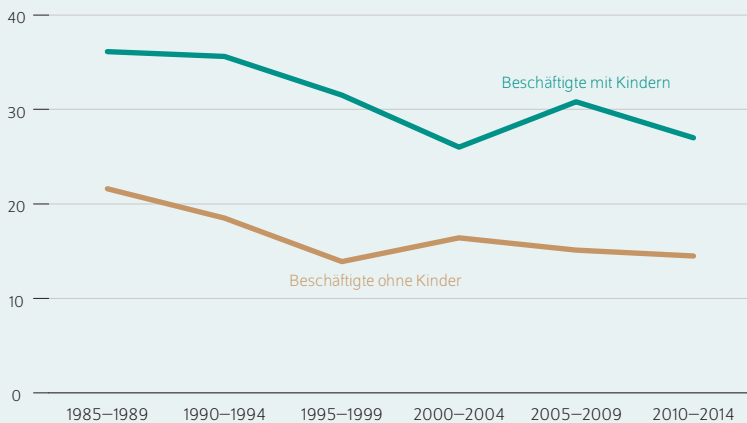
© DIW Berlin 2018

Der mittlere Gender Pay Gap hat sich vor allem für jüngere Frauen reduziert. Für 40- bis 49-Jährige blieb der Gender Pay Gap auf hohem Niveau konstant.

Abbildung 5

Entwicklung des mittleren Gender Pay Gaps bei Vollzeitbeschäftigten mit und ohne Kinder (unter 16 Jahren) in Westdeutschland, 1985 bis 2014

In Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v32, Wellen 1985–2014 (gewichtete Zahlen).

© DIW Berlin 2018

Für Vollzeitbeschäftigte ohne Kinder liegt der Gender Pay Gap deutlich niedriger als für Beschäftigte mit Kindern.

Zudem verlief die Entwicklung in den letzten 30 Jahren für die drei Altersgruppen sehr unterschiedlich (Abbildung 4). Für die jüngste Altersgruppe hat sich die mittlere Lohnlücke am stärksten reduziert, und zwar von 17 auf vier Prozent. Auch für die Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren hat sich die mittlere Lohnlücke verringert, von 16 auf zehn Prozent, wenn auch nicht ganz so stark wie für Beschäftigte der jüngeren Altersgruppe. So gut wie gar nicht verändert hat sich die Lohnlücke in der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen. Sie betrug in den Jahren 1985 bis 1989 23 Prozent. Zum Ende des Beobachtungszeitraums (2010 bis 2014) betrug sie knapp 22 Prozent.

Dass der Gender Pay Gap in der jüngsten Altersgruppe am deutlichsten gesunken ist, ist vermutlich zu einem großen Teil auf die Annäherung der Bildungskarrieren von Männern und Frauen zurückzuführen.¹⁸ Zwar gibt es immer noch eine stark ausgeprägte geschlechtsspezifische Segregation am Arbeitsmarkt,¹⁹ diese scheint sich jedoch zu Beginn des Berufslebens noch nicht stark auf die Löhne auszuwirken.

Für die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen hat sich der Gender Pay Gap verringert, aber nicht ganz so stark wie für die jüngste Altersgruppe. Die Auswirkungen von familienbedingten Auszeiten, beziehungsweise Phasen von Teilzeiterwerbstätigkeit und die daraus folgenden

geringeren Chancen auf Beförderung, machen sich in dieser Altersgruppe nach wie vor bemerkbar. Allerdings ist diese Lohnlücke nur auf Basis tatsächlich beobachteter Löhne berechnet: All diejenigen Frauen in dieser Altersgruppe, die zum Beispiel aufgrund familiärer Verpflichtungen nicht erwerbstätig oder teilzeit-erwerbstätig sind – und eventuell niedrigere Löhne haben beziehungsweise hätten – sind in diesen Berechnungen nicht berücksichtigt. Würde man mittels statistischer Methoden – die für die Selektion in Vollzeit-Erwerbstätigkeit kontrollieren – alle Frauen in die Analyse mit einbeziehen, wäre der so berechnete Gender Pay Gap deutlich größer.²⁰

Für die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen hat sich der Gender Pay Gap in den letzten 30 Jahren in Westdeutschland so gut wie gar nicht verändert. Auf den ersten Blick erscheint dies angesichts des starken Rückgangs des Gender Pay Gaps in der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen verwunderlich. Zu vermuten ist jedoch, dass der Unterschied zwischen dem Gender Pay Gap der 30- bis 39-Jährigen und dem der 40- bis 49-Jährigen – zumindest teilweise – an der oben beschriebenen Selektion von Frauen in den Arbeitsmarkt liegt. In der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen sind vermutlich etliche Frauen vertreten, die nach längeren Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung wieder eine Vollzeit-Tätigkeit aufgenommen haben – mit entsprechenden Lohnneinbußen. Diese Frauen sind in der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen nicht vertreten.

Gender Pay Gap für Beschäftigte mit Kindern größer

Im Allgemeinen ist der Gender Pay Gap für Beschäftigte mit Kindern größer als für Beschäftigte ohne Kinder (Abbildung 5). Dies liegt insbesondere an den familienbedingten Erwerbsunterbrechungen beziehungsweise Phasen von Teilzeitarbeit. Der mittlere Gender Pay Gap von Vollzeitbeschäftigten mit Kindern unter 16 Jahren lag in Westdeutschland in den Jahren 2010–2014 mit 27 Prozent fast doppelt so hoch wie der Gender Pay Gap von Beschäftigten ohne Kinder (14,5 Prozent).²¹

Schlussfolgerungen

Der Gender Pay Gap unter Vollzeitbeschäftigten hat sich in den vergangenen 30 Jahren deutlich verringert. Betrug die mittlere Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre noch 27 Prozent, ist sie in der ersten Hälfte der 2010er-Jahre auf 16 Prozent gesunken. Allerdings ist die Lohnlücke sowohl am unteren als auch am oberen Rand der Lohnverteilung größer als in der Mitte: Im Niedriglohnbereich lag die Lohnlücke im Zeitraum 2010 bis

¹⁸ Vgl. dazu Statistisches Bundesamt (2018), a. a. O.

¹⁹ Vgl. z. B. Katharina Wrohlich und Aline Zucco (2017): Gender Pay Gap innerhalb von Berufen variiert erheblich, DIW Wochenbericht Nr. 43, 955–961 (online verfügbar).

²⁰ Vgl. dazu Martin Biewen, Bernd Fitzenberger und Jakob de Lazzar (2017): Rising Wage Inequality in Germany: Increasing Heterogeneity and Changing Selection into Full-Time Work. IZA Discussion Papers No. 11072 (online verfügbar); sowie Claudia Olivetti und Barbara Petrongolo (2008): Unequal Pay or Unequal Employment? A Cross-Country Analysis of Gender Gaps. Journal of Labor Economics 26 (4), 621–654.

²¹ Hierbei ist zu beachten, dass in der Gruppe der Beschäftigten ohne Kinder unter 16 Jahren auch diejenigen Frauen und Männer berücksichtigt sind, die eventuell ältere Kinder haben.

2014 bei 20 Prozent, im Bereich der Top-VerdienerInnen sogar bei 24 Prozent. Zudem zeigen die Auswertungen nach wie vor große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zuletzt war die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Ostdeutschland mit etwa sieben Prozent nicht einmal halb so groß wie in Westdeutschland (17 Prozent).

Die bisherige empirische Literatur zu den Ursachen der Lohnlücke hat immer wieder auf die besondere Bedeutung von familienbedingten Erwerbsunterbrechungen hingewiesen.²² Anhaltspunkte dafür finden sich auch in dieser deskriptiven Auswertung. Zum einen zeigt sich, dass der Gender Pay Gap mit dem Alter deutlich ansteigt. Zum anderen ist der Gender Pay Gap unter Beschäftigten mit Kindern deutlich größer als bei Beschäftigten ohne Kinder.

Der Gender Pay Gap hat – neben den familienbedingten Erwerbsunterbrechungen und der ungleichen Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit im Allgemeinen – jedoch auch

viele andere, komplexe Ursachen: So spielen geschlechtsspezifische Segregation am Arbeitsmarkt und ungleiche Aufstiegschancen von Frauen und Männern eine Rolle. Zudem sind gesellschaftliche Zuschreibungen von typisch männlichen und typisch weiblichen Fähigkeiten – und insbesondere die Bewertung typisch männlicher und weiblicher Tätigkeiten – von Bedeutung.

Um den Gender Pay Gap in Deutschland zu verringern, sind daher viele Akteure gefragt. Zum einen muss die Politik bessere Rahmenbedingungen setzen für die geschlechtergerechte Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit. Dies kann zum Beispiel durch einen Ausbau der Partnermonate beim Elterngeld oder durch den Abbau von Erwerbshemmnissen wie dem Ehegattensplitting erreicht werden. Zum anderen sind auch Unternehmen gefordert, ihre Organisationsstrukturen und Arbeitsbewertungsverfahren konsequent in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verändern.

22 Vgl. z. B. Jerome Adda, Christian Dustmann und Katrien Stevens (2017): The Career Costs of Children. *Journal of Political Economy* 125 (2), 293–337. Eine Analyse auf Basis des SOEP findet sich bei Christina Boll (2010): Lohneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. *Wirtschaftsdienst* 90 (10), 700–702.

Patricia Gallego Granados ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Staat am DIW Berlin | pgallego@diw.de

Katharina Wrohlich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Gender Studies des DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

JEL: J16, J31

Keywords: Gender Pay Gap, Wage Distribution



Patricia Gallego Granados, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Staat am DIW Berlin

INTERVIEW MIT PATRICIA GALLEGO GRANADOS

Der Gender Pay Gap bei Vollzeitbeschäftigten ist in den letzten 30 Jahren auf 16 Prozent gesunken

1. **Frau Gallego Granados, der Gender Pay Gap (GPG) beschreibt den prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen. Wie groß ist der Gender Pay Gap aktuell und wie hat er sich in den letzten Jahren entwickelt?** Laut dem Statistischen Bundesamt betrug der GPG im Jahr 2017 rund 21 Prozent. Unsere Studie betrachtet den Verlauf dieser Lohnlücke vom Jahr 1985 bis 2014. In diesem Zeitraum beobachten wir, dass der GPG in Deutschland kontinuierlich gesunken ist. Am Ende unseres Beobachtungszeitraums beträgt die mittlere Lohnlücke für Vollzeitbeschäftigte rund 16 Prozent.
2. **In welcher Gehaltsgruppe ist diese Lohnlücke am größten?** Die Lohnlücke ist am größten am oberen Rand der Lohnverteilung, also bei den höheren Löhnen. Da betrug sie 24 Prozent im Jahr 2014. Dieses Phänomen wird in der Literatur als „gläserne Decke“ bezeichnet und deutet darauf hin, dass sehr gut bezahlte Jobs, wie zum Beispiel in Führungspositionen, unterdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt werden. Am Ende unseres Beobachtungszeitraums war die Lohnlücke in der Mitte der Verteilung am niedrigsten und betrug rund 16 Prozent. Am unteren Rand der Verteilung, bei den niedrigbezahlten Jobs, betrug die Lohnlücke wiederum 21 Prozent, war also größer als in der Mitte der Verteilung. Es ist ein Phänomen, das in der Literatur als „klebriger Boden“ bezeichnet wird. Das deutet darauf hin, dass Jobs im Niedriglohnsektor überdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt werden.
3. **Wo ist die Lohnlücke stärker zurückgegangen, bei den niedrig bezahlten oder bei den hoch bezahlten Jobs?** Die Lohnlücke ist am stärksten bei den niedrig bezahlten Jobs zurückgegangen. Hier ist die Lohnlücke im Laufe dieser 30 Jahre im Schnitt um gut zehn Prozentpunkte gesunken. Am oberen Rand der Verteilung ist die Lohnlücke deutlich weniger gesunken, von 30 Prozent Mitte der Achtzigerjahre auf 24 Prozent 30 Jahre später.

4. **Ist der Gender Pay Gap in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich?** Unsere Auswertung zeigt, dass der GPG in Westdeutschland wesentlich höher ist als in Ostdeutschland. In Westdeutschland finden wir am Ende unseres Beobachtungszeitraums eine mittlere Lohnlücke von 16 bis 17 Prozent. Für Ostdeutschland beträgt dieser Wert nur sieben Prozent.
5. **Inwieweit unterscheidet sich der Gender Pay Gap, wenn man nach Altersgruppen unterscheidet?** Unsere Studie zeigt, dass die Lohnlücke mit dem Alter ansteigt. Für sehr junge Frauen im Alter von 20 bis 29 hat sie sich in den letzten 30 Jahren stark reduziert und betrug gegen Ende des Beobachtungszeitraums weniger als fünf Prozent. Im Gegensatz dazu ist die Lohnlücke für Frauen im Alter von 40 bis 49 auf einem Niveau von über 20 Prozent konstant geblieben. Ein Hauptgrund dafür sind vermutlich die Lohneinbußen durch familienbedingte Phasen der Nichterwerbstätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung.
6. **Welche Maßnahmen könnten den Gender Pay Gap verringern?** Da der Gender Pay Gap eine große Vielfalt an Ursachen hat, benötigt es breite gesellschaftliche Veränderungen, um ihn zu verringern; und dafür sind viele Akteure gefragt. Die Politik sollte bessere Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechtere Aufteilung der Erwerbsarbeit und Sorgearbeit schaffen. Das könnte zum Beispiel durch einen Ausbau der Partnermonate beim Elterngeld erfolgen oder durch den Abbau von anderen Erwerbshemmnissen, wie zum Beispiel dem Ehegattensplitting. Aber auch Unternehmen sind gefragt etwas beizutragen. Sie müssten Organisationsstrukturen und Arbeitsbewertungsverfahren konsequent in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit hinterfragen und diese gegebenenfalls verändern.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

AUF EINEN BLICK

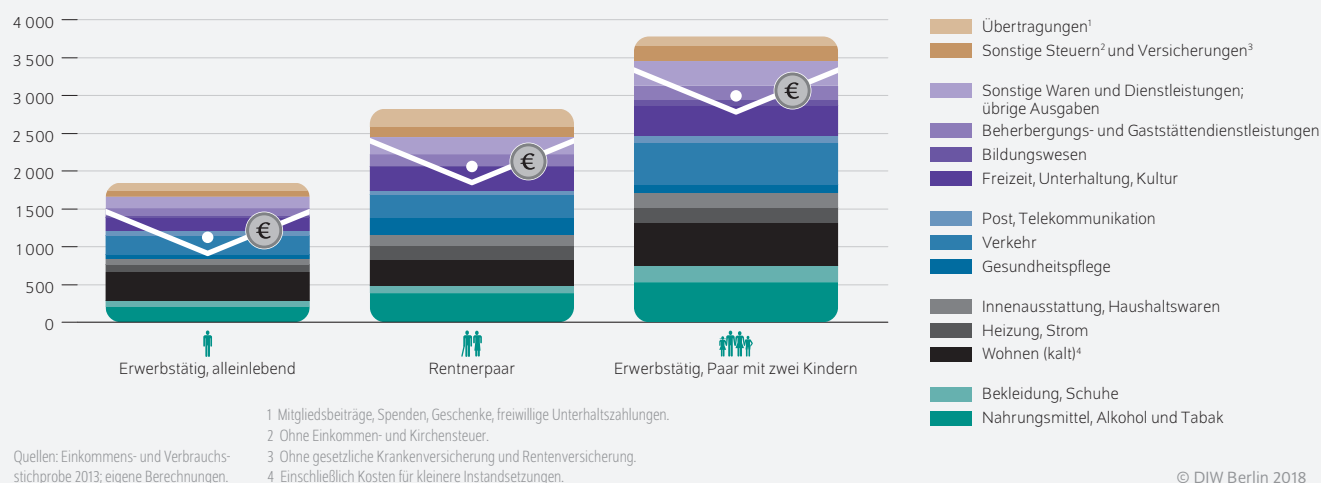
Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab

Von Karl Brenke und Jan Pfannkuche

- Private Haushalte in Deutschland gaben im Jahr 2013 durchschnittlich 2 460 Euro pro Monat aus
- Je geringer das Einkommen, desto höher der Ausgabenanteil für Wohnen und Lebensmittel, einkommensstärkere Haushalte stecken mehr Geld in Freizeit, Reisen und Gaststättenbesuche
- Preissteigerungen bei Gütern und Dienstleistungen trafen zuletzt alle Haushalte in ähnlichem Ausmaß
- Sparquote liegt im Durchschnitt bei gut 17 Prozent des Haushaltseinkommens
- Vielen Haushalten gelingt es jedoch nicht, regelmäßig Geld zurückzulegen, insbesondere Alleinstehenden, Arbeitslosen und Alleinerziehenden

Wohnen, Lebensmittel und Verkehr sind im Durchschnitt die größten Ausgabeposten privater Haushalte in Deutschland, bei Älteren spielen auch die Gesundheitsausgaben eine Rolle

In Euro pro Monat im Jahr 2013



ZITAT

„Fraglich ist, ob die Haushalte ihre mitunter hohen Ersparnisse gewinnbringend anlegen – insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass das nicht der Fall ist. Auffallend ist, dass noch immer vergleichsweise viel Geld in klassische, aber wenig Ertrag bringende Anlageformen wie Sparbücher oder Festgeldkonten fließt.“

— Karl Brenke, Studienautor —

DATEN

Daten zu etwa
43 000 Haushalten,
die im Rahmen der Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe 2013 erhoben wurden,
sind in diese Studie eingeflossen.

Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab

Von Karl Brenke und Jan Pfannkuche

ABSTRACT

Wofür und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte in Deutschland Geld ausgeben, variiert erheblich mit dem Erwerbsstatus, Einkommen und Alter. Wie die vorliegende Studie auf Basis der aktuellen amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2013 zeigt, geben Arbeitslosenhaushalte mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Wohnen und Ernährung aus, alleinstehende Arbeitslose sogar fast zwei Drittel. Bei Erwerbstätigen- und Rentnerhaushalten mit mehreren Erwachsenen fließt hingegen nur ein Drittel der Ausgaben in Wohnung und Lebensmittel. Modellrechnungen zeigen, dass Preissteigerungen bei Gütern und Dienstleistungen in jüngerer Vergangenheit alle Haushalte in ähnlichem Maße belastet haben – in den Jahren vor 2013 waren die Haushalte mit geringen Einkommen aufgrund ihrer Konsumstruktur noch etwas stärker betroffen als andere. Die Höhe der Sparquote schwankt ebenfalls mit dem Erwerbsstatus, Einkommen und Alter. Während sich einkommensärmere Haushalte häufig sogar verschulden, legen viele andere Haushalte teilweise 20 Prozent oder mehr ihres Einkommens zur Seite. Im Durchschnitt sparte im Jahr 2013 jeder Haushalt gut 17 Prozent seines Einkommens.

Im vorliegenden Wochenbericht wird das Ausgabe- und Sparverhalten der privaten Haushalte in Deutschland analysiert. Die Untersuchung stützt sich auf die Daten der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), einer Haushaltserhebung, die alle fünf Jahre durchgeführt wird und bei der die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen sehr differenziert erhoben werden. Im europäischen Vergleich ist sie die größte derartige Befragung, die aktuellen Angaben stammen aus dem Jahr 2013. Für die vorliegende Studie wurden Daten von etwa 43 000 Haushalten verwendet.¹ Ein Mangel der EVS besteht darin, dass Hochvermögende beziehungsweise Haushalte mit besonders hohen Einkommen nicht hinreichend erfasst sind.² Dies ist ein generelles Problem von Haushaltsumfragen.³ Für den allergrößten Teil der Bevölkerung dürften die Daten der EVS aber ein zuverlässiges Bild der Einnahmen und Ausgaben liefern. In Teilen weichen die in der Analyse verwendeten Abgrenzungen des Einkommens und der Ausgaben und somit der Ersparnisse von den üblichen Definitionen ab (Kasten).

Je geringer das Einkommen, desto höher der Ausgabenanteil für Wohnen und Lebensmittel

Im Jahr 2013 gab ein privater Haushalt in Deutschland im Durchschnitt knapp 2 460 Euro pro Monat aus. Da der durchschnittliche Haushalt aus genau zwei Personen besteht, ergeben sich 1 230 Euro pro Person.

Der mit Abstand größte Ausgabeposten waren die Aufwendungen für das Wohnen (einschließlich Ausgaben für Energie und kleinere Instandsetzungen), auf die im Durchschnitt fast ein Viertel des Verbrauchs eines Haushalts entfiel (Tabelle 1). Etwa ein Sechstel machten die Ausgaben für Freizeit sowie für Beherbergung und Gaststättenbesuche⁴

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, EVS 2013, Qualitätsbericht (online verfügbar, abgerufen am 27. Februar 2018). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt. Bei den für diesen Bericht genutzten Daten handelt es sich um ein *Scientific Use File* der EVS.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2016), a. a. O., 4.

³ Vgl. Christian Westermeier und Markus M. Grabka (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 7, 123–133 (online verfügbar).

⁴ Einschließlich Ausgaben in Kantinen oder Mensen.

KONSUM- UND SPARVERHALTEN DER PRIVATEN HAUSHALTE

Tabelle 1

Ausgaben privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 nach Haushaltstyp

Anteile an allen Ausgaben in Prozent

	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Kleidung, Schuhe	Wohnen ¹	Innenaus- stattung	Gesund- heit	Verkehr	Telekom- munika- tion	Bildung	Freizeit, Beherber- gung ²	Versiche- rungen, Steuern ³	Übertra- gungen, Beiträge ⁴ , Spenden	Sonstiges
Einkommensgruppen nach Perzentilen⁵												
untere 10 Prozent	19,4	3,7	37,6	3,0	2,4	8,1	3,9	0,8	10,7	4,4	1,9	4,1
20 Prozent	18,5	4,3	33,8	3,9	2,5	9,1	3,8	0,9	12,1	4,3	2,5	4,4
30 Prozent	17,4	4,6	28,8	4,1	3,0	11,7	3,3	0,9	13,5	4,8	3,3	4,6
40 Prozent	16,0	4,7	25,9	4,6	2,7	12,9	3,1	0,9	14,5	5,4	4,4	4,9
50 Prozent	15,3	4,8	24,2	4,8	2,9	13,5	2,9	0,9	15,5	5,4	5,1	4,7
60 Prozent	14,8	5,0	22,3	4,9	3,6	14,4	2,9	1,0	16,1	5,4	5,1	4,8
70 Prozent	13,9	5,2	22,1	5,1	3,6	14,2	2,7	1,0	16,4	5,7	5,2	4,8
80 Prozent	12,7	5,2	21,0	5,3	4,0	15,2	2,5	1,0	16,8	5,3	6,3	4,8
90 Prozent	11,6	5,1	19,7	5,7	4,8	15,7	2,3	0,9	17,5	5,0	7,0	4,6
100 (obere 10 Prozent)	9,4	4,8	17,8	5,9	7,1	15,4	1,8	0,7	18,1	4,5	9,4	5,0
Status des Haushaltsvorstandes und Haushaltsstruktur												
Alleinstehende Erwerbstätige	11,5	4,8	26,7	4,3	3,1	14,3	3,3	0,7	16,2	4,7	5,8	4,7
Alleinerziehende Erwerbstätige	14,8	6,0	26,8	4,0	2,6	13,2	3,3	1,6	14,4	4,7	3,5	5,3
Erwerbstätig, Paar ohne Kinder	12,7	5,0	20,9	5,8	3,4	16,6	2,5	0,5	17,0	5,2	6,0	4,6
Erwerbstätig, Paar mit Kindern	14,4	5,8	20,4	5,6	3,1	15,9	2,6	1,6	15,9	5,6	4,2	4,8
Erwerbstätig, sonstige Haushalte	14,9	5,2	22,0	5,1	3,3	14,7	2,9	1,0	14,4	6,6	5,1	4,8
Alleinstehende Arbeitslose	18,9	3,1	43,2	3,1	2,1	6,0	4,4	0,8	9,6	3,2	1,6	3,9
Alleinerziehende Arbeitslose	19,3	5,5	39,4	3,4	1,7	6,9	4,2	1,2	8,9	3,5	1,1	4,8
Arbeitslos, Paar ohne Kinder	21,3	3,7	32,5	4,6	3,2	10,1	3,8	0,4	10,5	4,2	1,7	4,0
Arbeitslose, sonstige Haushalte	22,1	4,6	33,0	3,9	1,7	8,8	3,8	0,9	10,2	3,6	1,5	5,9
Alleinstehende RentnerInnen	12,8	3,2	28,8	4,4	5,8	8,4	2,6	0,1	15,1	4,2	9,3	5,3
Im Ruhestand, Paar ohne Kinder	14,2	3,7	19,7	4,9	8,2	11,5	2,0	0,1	17,4	5,0	8,8	4,5
Im Ruhestand, Paar mit Kindern	15,1	4,9	21,2	4,6	6,3	15,0	2,9	1,9	14,9	4,9	4,1	4,2
Im Ruhestand, sonstige Haushalte	15,2	3,6	19,2	5,2	6,0	15,7	2,4	0,5	13,9	7,0	6,2	5,1
Studenten Haushalte	14,2	5,8	33,6	2,8	1,7	9,9	4,5	4,2	16,5	1,6	1,3	3,9
Sonstige Nichterwerbstätige	17,4	5,0	33,0	3,7	3,1	7,3	3,5	1,0	12,7	4,7	3,9	4,9
Alter des Haushaltsvorstands												
bis 24 Jahre	13,2	5,8	28,2	3,5	1,8	17,0	4,2	2,5	14,1	3,7	1,9	4,2
25 bis 34 Jahre	12,5	5,4	26,4	5,0	2,2	15,7	3,4	1,6	15,0	5,1	3,1	4,7
35 bis 44 Jahre	13,8	5,6	23,2	5,3	3,0	15,0	2,8	1,4	15,8	5,3	4,0	5,0
45 bis 54 Jahre	14,3	5,3	22,2	5,0	3,2	14,9	2,7	0,9	16,4	5,2	5,3	4,6
55 bis 64 Jahre	14,1	4,7	21,7	5,5	4,2	14,1	2,5	0,5	16,1	5,1	6,9	4,6
65 bis 74 Jahre	13,6	3,7	22,3	4,7	6,5	12,3	2,2	0,2	16,8	5,0	8,0	4,5
75 Jahre und älter	13,3	3,3	23,3	4,8	8,4	8,5	2,1	0,1	15,9	4,5	10,6	5,3
Wohnsitz												
in Westdeutschland	13,5	4,9	22,8	5,0	4,4	14,0	2,6	0,9	15,8	5,1	6,2	4,7
in Ostdeutschland	14,5	4,6	24,5	5,2	3,1	13,4	3,0	0,8	16,7	4,8	4,6	4,8
Insgesamt	13,7	4,9	23,1	5,0	4,2	13,9	2,7	0,9	16,0	5,1	5,9	4,7

1 Einschließlich Aufwendungen für kleinere Instandsetzungen und Renovierungen.

2 Einschließlich Ausgaben für Gaststättenbesuche.

3 Ohne Einkommen- und Kirchensteuer.

4 Einschließlich Kirchensteuer.

5 Gebildet nach dem bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

Kasten

Daten und Definitionen

Die in der vorliegenden Untersuchung gewählten Abgrenzungen weichen teilweise von den üblichen ab, da die Perspektive auf die Privathaushalte nach ihren sozialen Merkmalen und weniger auf volkswirtschaftliche Aggregate gerichtet wird.

Um das Nettoeinkommen zu ermitteln, werden vom Bruttoeinkommen allein diejenigen Positionen abgezogen, für die es eine allgemeinverbindliche, gesetzliche Zahlungspflicht gibt: etwa im Falle der abhängig Beschäftigten die Einkommensteuer sowie die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, zu einer Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung. Andere Zahlungen, auch wenn sie vom Lohn abgezogen werden, bleiben bei der Brutto-Netto-Rechnung unberücksichtigt und werden entweder als Konsumausgaben (wie die Kirchensteuer oder eine zusätzliche Krankenversicherung) oder als Ersparnisse (etwa freiwillige Einzahlungen in eine betriebliche Rentenversicherung) angesehen. Bei selbstgenutztem Wohneigentum wird ein Teil der Kosten (Zinsen, Versicherungen, Steuern, Instandhaltung, Nebenkosten) als Ausgaben eingestuft, die Tilgung im Falle abzuschließender Hypotheken als Ersparnisse. Die Aufnahme sowie die Rückzahlung von Konsumentenkrediten oder ähnlicher Schulden bleibt außer Betracht. Nicht als Einnahmen, sondern als Abzüge vom Konsum werden Verkäufe von Gebrauchsgütern (etwa eigene Pkw) oder Flaschenpfand verbucht.

Nicht erfasst werden bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) Abschreibungen, die bei den Einkünften aus selbständiger Tätigkeit, beispielsweise bei Vermietung und Verpachtung, eine große Rolle spielen. Insofern handelt es sich bei der Berechnung der Sparquote um die Brutto-Sparquote. Ebenfalls ausgeklammert sind, da keinerlei Informationen vorliegen, Wertveränderungen etwa bei Bauten und Ausrüstungen, die sich aufgrund der Preisentwicklung auf den Märkten, etwa denen für Immobilien, ergeben. Bei den Vermögen gibt es keine Angaben über das Betriebsvermögen – anhand der verfügbaren Angaben wird daher das Vermögen systematisch unterzeichnet.

aus und je ein Siebtel für Nahrungs- und Genussmittel sowie für Verkehr (Benutzungsentgelte für Bus und Bahn sowie Kosten für eigene Fahrzeuge). Die anderen Ausgabenbereiche sind weitaus weniger bedeutend.

Die Ausgabenstruktur variiert erheblich mit dem Haushaltsnettoeinkommen.⁵ Je geringer die – bedarfsgewichteten – Einkommen sind, desto größer ist der Anteil an den gesamten Ausgaben, den die privaten Haushalte für Wohnen und Lebensmittel aufwenden; auch für Telekommunikation geben die Haushalte mit einem geringen Einkommen relativ viel aus. Andererseits zeigt sich: Je höher die Einkommen sind, desto größer ist der Ausgabenanteil für Verkehr, Freizeit/Beherbergung/Gaststätten, Inneneinrichtung und Gesundheit. Dasselbe gilt für den sehr vielfältigen Bereich der Übertragungen, zu dem beispielsweise Spenden, Zahlungen an Verwandte oder Mitgliedsbeiträge für Vereine zählen. Keine Unterschiede zeigen sich indes zwischen den Einkommensgruppen hinsichtlich des Anteils, der auf Bildungsausgaben⁶ wie Gebühren für Volkshochschulkurse oder Schulen und Kita-Beiträge entfällt – dieser Anteil ist aber generell klein.

Auf einige Details soll der Blick näher gerichtet werden. Im Rahmen einer klassischen Untersuchung der Sozialforschung wurde zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts beobachtet, dass zahlreiche einkommensschwache Haushalte ihre Grundbedürfnisse wie Wohnen und Ernährung auch deshalb kaum decken konnten, weil sie übermäßig viel Geld für Trunk und Spiele ausgaben.⁷ Dies gilt heute offenbar nicht mehr, denn der auf alkoholische Getränke⁸ sowie auf Spiele entfallende Anteil an den Ausgaben variiert nicht mit der Höhe der Einkommen. Die Ausgaben für Gaststättenbesuche fallen anteilig sogar umso größer aus, je höher die Einkommen sind (Tabelle 2). Anders sieht es hingegen beim Konsum von Tabakwaren aus: Haushalte mit einem geringen Einkommen geben dafür im Durchschnitt nicht viel weniger Euro aus als einkommensstärkere Haushalte – entsprechend ist der Ausgabenanteil für Tabakwaren am gesamten Konsum bei ersteren vergleichsweise hoch.

Da Haushalte mit geringem Einkommen vergleichsweise viel für Wohnen und Ernährung ausgeben, sind sie gezwungen, an anderer Stelle zu sparen. Neben den relativ geringen Ausgaben für Gaststättenbesuche fällt auf, dass sie nur einen weit unterdurchschnittlichen Anteil ihres Einkommens in Reisen stecken. Je höher die Einkommen sind, desto größer ist der Anteil am Konsum, der in Reisen fließt. Das gilt – aber längst nicht so ausgeprägt – auch für die Aufwendungen

⁵ Bei der Klassifizierung der Haushalte nach der Höhe der Einkommen wurde das bedarfsgewichtete Einkommen verwendet, bei dem berücksichtigt wird, dass die Ausgaben unterproportional mit der Zahl der Haushaltsmitglieder zunehmen. Gemäß OECD-Skala erhält das erste Haushaltsmitglied den Faktor 1, jede weitere Person ab 15 Jahren den Faktor 0,5 und Kinder den Faktor 0,3. Schließlich wird die interessierende Größe (Einkommen oder Ausgaben) durch die Summe der Faktoren dividiert. Die Bedarfsgewichtung nach der OECD-Skala ist nicht wissenschaftlich gestützt und mithin willkürlich.

⁶ Ohne Ausgaben für Bücher.

⁷ Vgl. Benjamin Seeborn Rowntree: *Poverty (1901): A Study of Town Life*.

⁸ Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass im Rahmen der EVS die Ausgaben für alkoholische Getränke unzureichend erfasst werden, vgl. Statistisches Bundesamt (2016), a. a. O.

Tabelle 2

Ausgaben privater Haushalte in Deutschland für ausgewählte Güter im Jahr 2013 nach Einkommensgruppen

	Einkommensgruppen nach Perzentilen¹										Alle Haushalte
	untere 10 Prozent	20 Prozent	30 Prozent	40 Prozent	50 Prozent	60 Prozent	70 Prozent	80 Prozent	90 Prozent	100 Prozent (obere 10 Prozent)	
	In Euro pro Quartal										
Alkoholische Getränke	34	41	49	57	68	74	82	88	102	133	73
Tabakwaren	44	48	51	52	54	61	52	59	48	46	51
Bekleidung und Schuhe – Herren	33	44	55	69	83	101	116	139	164	219	102
Bekleidung und Schuhe – Damen	61	93	127	150	171	197	220	254	287	349	191
Strom	150	170	190	202	212	219	227	232	239	258	210
Pauschalreisen	30	58	91	127	177	191	199	254	321	465	191
Bücher	13	16	20	24	29	33	39	44	52	67	34
Haustiere	19	26	39	40	42	53	51	61	65	79	47
Glücksspiele	11	17	21	26	32	32	37	40	43	62	32
Friseurdienste – Herren	6	7	9	10	12	13	14	16	18	21	13
Friseurdienste – Damen	17	26	34	39	44	46	47	50	54	60	42
Gaststätten, Restaurants	73	100	141	184	227	265	293	349	426	558	262
Eintrittsgelder²	22	32	47	57	73	88	98	113	133	165	83
Zeitungen, Zeitschriften	19	26	34	40	44	46	49	55	63	83	46
	Anteil an den gesamten Ausgaben in Prozent										
Alkoholische Getränke	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Tabakwaren	1,4	1,2	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,5	0,3	0,7
Bekleidung und Schuhe – Herren	1,0	1,1	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6	1,4
Bekleidung und Schuhe – Damen	1,9	2,3	2,5	2,6	2,6	2,7	2,8	2,8	2,8	2,6	2,6
Strom	4,8	4,2	3,8	3,4	3,2	3,0	2,9	2,6	2,3	1,9	2,9
Pauschalreisen	1,0	1,4	1,8	2,2	2,7	2,6	2,5	2,8	3,1	3,5	2,6
Bücher	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Haustiere	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	0,7
Glücksspiele	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4
Friseurdienste – Herren	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Friseurdienste – Damen	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,6
Gaststätten, Restaurants	2,3	2,5	2,8	3,1	3,4	3,6	3,7	3,9	4,1	4,2	3,6
Eintrittsgelder²	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,2	1,1
Zeitungen, Zeitschriften	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6

¹ Gebildet nach dem bedarfsgewichteten Einkommen.

² Für Kultur, Freizeit und Sport.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

für Kleidung und Schuhe, nicht jedoch für die Ausgaben für Friseurleistungen. In absoluten Beträgen geben die Haushalte mit geringem Einkommen gleichwohl viel weniger Geld für Güter aus, die mit dem persönlichen Aussehen verbunden sind, als Haushalte mit hohen Einkünften. In allen Einkommensgruppen sind die Ausgaben für Kleidung und Schuhe für Frauen höher als die entsprechenden Positionen für Männer.

Ein vergleichsweise geringer Anteil des Konsums entfällt bei den Haushalten mit geringem Einkommen überdies auf Eintrittsgelder, etwa für Museen, Theater und andere Veranstaltungen. Dagegen geben diese absolut zwar weniger für Haustiere, Bücher sowie Zeitungen und Zeitschriften aus – aber nicht anteilmäßig. Der Anteil der Ausgaben, der auf diese Posten entfällt, hängt generell nicht von der Höhe der Einkommen ab.

Ganz anders sieht es indes beim Strom aus. Offenbar sind die Möglichkeiten, den Verbrauch an die Höhe des Einkommens anzupassen, stark beschränkt. Entsprechend müssen die Haushalte mit geringem Einkommen einen größeren Teil ihrer gesamten Ausgaben hierfür verwenden als der Durchschnitt. Die einkommensschwächsten Haushalte geben für Strom sogar mehr aus als für Bekleidung.

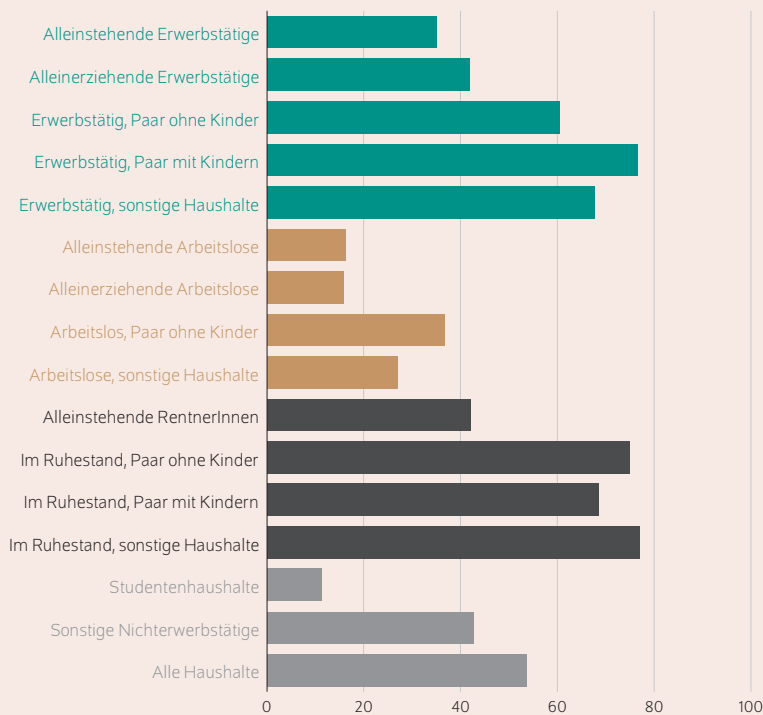
Personen im Ruhestand leben häufig in den eigenen vier Wänden

Die Höhe des Einkommens hängt maßgeblich vom Erwerbsstatus ab – und somit auch das Ausgabeverhalten. So entfällt bei Arbeitslosen – insbesondere in Haushalten, in denen nur eine Person lebt – ein besonders großer Teil der Ausgaben auf die Kosten für das Wohnen und die Ernährung,

Abbildung 1

Private Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum im Jahr 2013 nach Haushaltstyp

Anteile an allen Haushalten einer Gruppe in Prozent



Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Insbesondere ältere Personen leben überdurchschnittlich oft in den eigenen vier Wänden.

Bei den Personen im Ruhestand entfällt ebenfalls ein relativ kleiner Anteil der Ausgaben auf Wohnkosten. Das hängt damit zusammen, dass überdurchschnittlich viele von ihnen in den eigenen vier Wänden leben (Abbildung 1) und früher darauf lastende Schulden meist abgetragen sind. Nur bei den Erwerbstätigen – und zwar solchen mit Kindern – ist die Eigentümerquote ähnlich hoch. Es gibt in dieser Hinsicht unter den Personen im Ruhestand aber eine Ausnahme; und zwar die Alleinlebenden, die öfter zur Miete wohnen, was mit relativ hohen Wohnkosten verbunden ist. Die Ausgaben für Ernährung, Freizeitgüter, Inneneinrichtung und Verkehr liegen bei Personen im Ruhestand anteilig im Durchschnitt aller Haushalte. Aus dem Rahmen fallen sie bei den Aufwendungen für Gesundheit (wie Medikamente, Gebühren oder Arzthonorare), die einen relativ großen Ausgabeposten bilden. Dasselbe gilt für Übertragungen an andere Personen.

Ältere geben viel für Gesundheitsleistungen aus, Jüngere viel für das Wohnen

Die große Bedeutung der Übertragungen bei den Personen im Ruhestand – dazu zählen beispielsweise regelmäßige Geldgeschenke an die Kinder und Enkelkinder – zeigt sich auch, wenn die Haushalte nach dem Alter ihres Vorstandes gegliedert werden. Anders verhält es sich mit den Ausgaben für Verkehr, Telekommunikation, Bekleidung und auch Bildung, denn hier nimmt der Anteil an den gesamten Aufwendungen mit zunehmendem Alter ab. Jüngere Personen verwenden einen vergleichsweise großen Teil ihres Einkommens für das Wohnen – dabei allerdings einen unterdurchschnittlichen Anteil für die Inneneinrichtung. Keine großen Unterschiede nach dem Alter zeigen sich indes bei den anteilmäßigen Ausgaben für Ernährung und Freizeitgüter.

Haushalte mit geringem Einkommen waren zuletzt nicht mehr stärker von Preissteigerungen betroffen

aber auch auf die Telekommunikation. Ein sehr geringer Anteil der Ausgaben fließt dagegen in den Bereich Freizeit und Übernachtung, in die Innenausstattung sowie den Verkehr. Ähnlich ist das Ausgabeverhalten derjenigen, die zwar nicht arbeitslos, aber auch nicht erwerbstätig und nicht im Ruhestand sind, sowie das der Studentenhaushalte.

Bei den Erwerbstätigen machen die Aufwendungen für das Wohnen einen vergleichsweise geringen Teil des Verbrauchs aus – insbesondere gilt das für Erwerbstätige mit mehreren Erwachsenen im Haushalt. Auch für Ernährung wird ein vergleichsweise kleiner Teil aufgewendet; in Haushalten ohne Kinder ist er noch geringer als in solchen, in denen Kinder leben. Die Ausgaben für Kleidung sind indes ein relativ großer Posten, insbesondere aber die Aufwendungen für Verkehr – das dürfte auch am Pendeln zum Arbeitsplatz liegen. Zudem verwenden Erwerbstätige einen relativ großen Teil ihrer Mittel für Freizeitgüter und Übernachtungsleistungen; das gilt allerdings nicht für alleinerziehende Erwerbstätige.

Da einerseits die Struktur der Ausgaben erheblich von der Höhe der Einkommen abhängt und sich andererseits die Verbraucherpreise für einzelne Gütergruppen nicht einheitlich entwickeln, könnte es sein, dass bestimmte Haushalte mehr und andere weniger von der Teuerung betroffen sind. Für den vorliegenden Wochenbericht wurde dies anhand von Modellrechnungen im Rahmen einer *Shift-Share-Analyse* geprüft. In der Annahme, dass sich die Ausgabenstruktur der Haushalte über die Zeit nicht verändert, wurden die Ausgaben für die einzelnen Gütergruppen⁹ anhand der amtlichen Verbraucherpreise fortgeschrieben.¹⁰ Verwendet wurden dafür auch die Daten der EVS aus dem Jahr 2008.

⁹ Verwendet wird der SEA-Verbraucherpreisindex 2-Steller.

¹⁰ Für dieses Vorgehen musste von der hier ansonsten gewählten Abgrenzung der Ausgaben für die Wohnkosten abgewichen werden. Verwendet wurden bei Eigentümerinnen und Eigentümern nicht die tatsächlichen Kosten, sondern Aufwendungen, die einer gemieteten Wohnung entsprochen hätten – da nur diese Position in der amtlichen Statistik der Verbraucherpreise ausgewiesen wird.

Zunächst fällt auf, dass die Teuerung im ersten Teil des Untersuchungszeitraums – in den Jahren 2008 bis 2013 – deutlich stärker war als im zweiten Teil (2013 bis 2017). Für den ersten Teil zeigte sich ein Muster: Je geringer die Einkommen der privaten Haushalte waren, desto stärker bekamen sie den Anstieg der Verbraucherpreise zu spüren (Abbildung 2). Groß waren die Unterschiede aber nicht. Bei den Haushalten mit relativ geringem Einkommen machten sich die überdurchschnittlichen Preisanhebungen für Nahrungs- sowie für Genussmittel und für Energie im Zusammenhang mit dem Wohnen (Heizung und Strom) bemerkbar. Entlastet wurden sie hingegen durch den Preisverfall bei Telekommunikationsleistungen.

In der Zeit von 2013 bis 2017 ergab sich ein gegensätzliches Muster: Die Haushalte mit höherem Einkommen wurden von der Inflation etwas stärker getroffen. Zwar stiegen auch in dieser Zeit die Wohnungsmieten überdurchschnittlich, die mit dem Wohnen verbundenen Preise für das Heizen sanken jedoch. Bei den Haushalten mit hohem Einkommen machte sich bemerkbar, dass die Preise für Freizeitgüter sowie für Gaststättenbesuche und Übernachtung relativ kräftig stiegen.

Sparquote variiert stark nach sozialen Gruppen

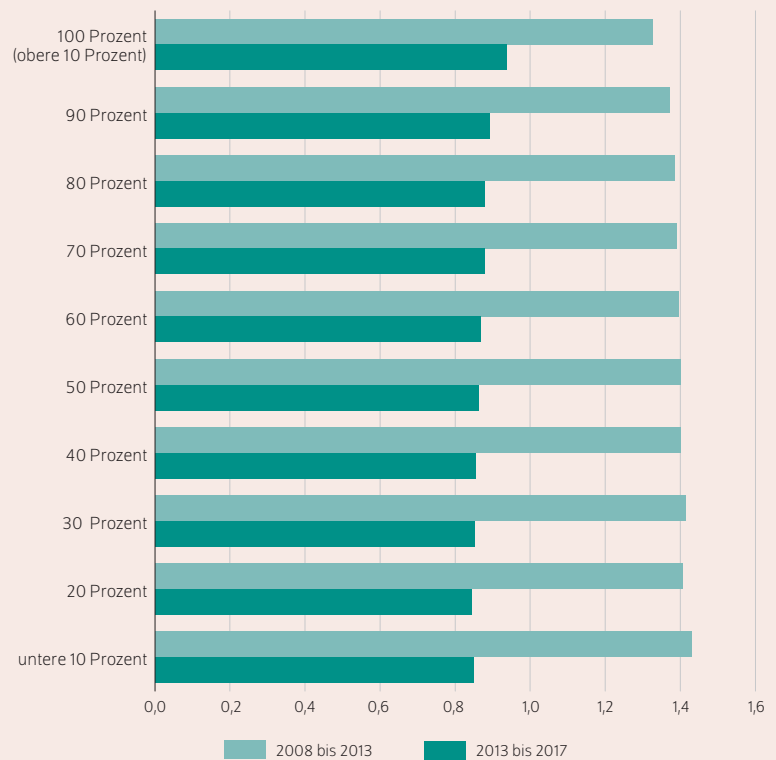
Die Differenz von Nettoeinkommen und Ausgaben sind die Ersparnisse; die Sparquote ist der Anteil der Ersparnisse am Nettoeinkommen. Nach der für diesen Bericht gewählten Abgrenzung sparten die privaten Haushalte im Jahr 2013 durchschnittlich gut 17 Prozent ihres Einkommens (Tabelle 3). Weil manche Haushalte sehr viel sparen, ein großer Teil aber eher wenig zurücklegt, ist der Medianwert der Sparquote niedriger: Die Hälfte der Haushalte spart maximal 13,8 Prozent ihres Einkommens, die andere Hälfte mindestens so viel.

Es zeigt sich der zu erwartende Zusammenhang zwischen Einkommen und Sparquote – sie ist umso größer, je höher die Einkommen sind. Die einkommensschwächsten Haushalte kommen im Durchschnitt sogar auf eine negative Sparquote – das heißt, dass sie sich verschulden. Im Durchschnitt sind die Schulden dieser Haushalte recht hoch, der Medianwert, also jener Wert, der die Haushalte in zwei gleich große Gruppen teilt, ist jedoch relativ gering. Das liegt daran, dass es in dieser Gruppe einige Haushalte gibt, die sich sehr stark verschulden, während viele andere dies nur in geringem Ausmaß tun. Insgesamt hat von den zehn Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkünften mehr als die Hälfte eine negative Sparquote. Haushalte mit einer negativen Ersparnis finden sich zwar in jeder Einkommensgruppe – aber je höher die Einkommen sind, desto kleiner ist der Anteil derjenigen Haushalte, die sich verschulden oder ihren Konsum teils aus ihrem Vermögen finanzieren. Spiegelbildlich dazu steht der Anteil jener Haushalte, die eine hohe Sparquote (von 20 Prozent und mehr) haben. Unter den Haushalten mit hohem Einkommen ist deren Anteil besonders groß; eine solch hohe Sparquote findet sich mitunter jedoch auch unter den einkommensschwachen Haushalten.

Abbildung 2

Belastung privater Haushalte durch Verbraucherpreissteigerungen nach Einkommensklassen¹

Jahresdurchschnittliche Veränderung der Verbraucherpreise in Prozent



¹ Gebildet nach dem bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichproben 2008 und 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Aufgrund ihrer Konsumstruktur waren einkommensarme Haushalte bis 2013 noch etwas stärker von der Teuerung betroffen als einkommensstarke Haushalte. Im Anschluss kehrte sich die Entwicklung um.

Kaum gespart wird in Haushalten, deren Vorstand arbeitslos ist, studiert oder aus anderen Gründen nicht erwerbstätig ist, obwohl das Ruhestandsalter noch nicht erreicht wurde. In diesen Gruppen gibt es auch überdurchschnittlich viele, die Schulden machen.

Nicht so sehr, aber ebenfalls unterdurchschnittlich fällt die Sparquote bei den Rentner- und Pensionärshaushalten aus. Das hängt damit zusammen, dass diese Haushalte einen erheblichen Teil ihres Einkommens verschenken – und zwar an Familienmitglieder außerhalb des eigenen Haushalts. So ist die Summe, die auf Übertragungen in Form von Geschenken und freiwilligen Unterhaltszahlungen entfällt, umso höher, je älter der Haushaltsvorstand ist – in der Regel diejenige Person, die den höchsten Beitrag zum Haushaltseinkommen erbringt (Abbildung 3). Ist

Tabelle 3

Sparverhalten privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 nach Haushaltstyp

	Sparquote in Prozent		Monatliche Ersparnis in Euro		Anteil der Haushalte (in Prozent) mit	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	negativer Ersparnis	einer Sparquote von 20 Prozent und mehr
Einkommensgruppen nach Perzentilen¹						
untere 10 Prozent	-23,8	-4,2	-201	-37	59	11
20 Prozent	-4,9	1,1	-63	11	48	16
30 Prozent	0,1	5,7	2	83	38	23
40 Prozent	2,2	8,6	44	151	36	30
50 Prozent	6,2	11,9	145	260	29	36
60 Prozent	10,4	16,0	283	390	26	43
70 Prozent	16,0	20,2	498	565	20	50
80 Prozent	18,5	24,4	684	818	18	58
90 Prozent	23,6	29,1	1069	1204	14	65
100 Prozent (obere 10 Prozent)	37,5	40,5	2687	2434	11	77
Status des Haushaltsvorstandes und Haushaltsstruktur						
Alleinstehende Erwerbstätige	18,9	15,1	407	258	27	42
Alleinerziehende Erwerbstätige	12,8	11,4	328	237	30	35
Erwerbstätig, Paar ohne Kinder	23,4	22,5	945	728	22	54
Erwerbstätig, Paar mit Kindern	22,1	22,2	1025	879	19	54
Erwerbstätig, sonstige Haushalte	26,0	24,1	1096	842	17	58
Alleinstehende Arbeitslose	-1,8	0,2	-16	2	49	11
Alleinerziehende Arbeitslose	5,4	3,9	79	56	37	16
Arbeitslos, Paar ohne Kinder	4,6	7,0	71	90	40	27
Arbeitslose, sonstige Haushalte	1,4	1,7	26	24	42	14
Alleinstehende RentnerInnen	5,5	3,7	88	42	43	25
Im Ruhestand, Paar ohne Kinder	8,3	10,7	244	244	35	36
Im Ruhestand, Paar mit Kindern	9,8	10,4	336	257	36	32
Im Ruhestand, sonstige Haushalte	17,3	19,2	620	530	29	49
Studentenhaushalte	1,5	0,6	19	8	49	20
Sonstige Nichterwerbstätige	-1,0	1,1	-14	-10	47	24
Alter des Haushaltsvorstands						
bis 24 Jahre	9,1	9,8	154	110	35	31
25 bis 34 Jahre	19,9	16,9	552	362	26	45
35 bis 44 Jahre	21,7	18,6	762	509	22	48
45 bis 54 Jahre	21,2	17,2	743	429	26	45
55 bis 64 Jahre	18,9	13,6	582	249	31	41
65 bis 74 Jahre	8,1	6,9	197	105	40	31
75 Jahre und älter	9,1	9,6	209	158	35	35
Wohnsitz						
in Westdeutschland	18,3	14,5	565	309	29	42
in Ostdeutschland	13,8	11,5	329	187	32	36
Insgesamt	17,5	13,8	515	275	30	41

¹ Gebildet nach dem bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

der Haushaltsvorstand 74 Jahre oder älter, machen solche Übertragungen fast neun Prozent aller Ausgaben aus.

Die höchsten Sparquoten weisen diejenigen Haushalte auf, deren Vorstand in einem mittleren Alter ist – und darunter insbesondere die Haushalte mit mehreren Erwachsenen. Hier leben in den allermeisten Fällen Personen, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen. Generell sparen die Haushalte mit Erwerbstätigen einen relativ hohen Anteil ihres Nettoeinkommens.

In Haushalten mit einem Vorstand im mittleren Alter ist nicht allein das übliche Sparen qua Anlage auf Sparkonten oder durch den Erwerb von Wertpapieren von Gewicht, sondern auch auf dem Wege von Einzahlungen in eine freiwillige Rentenversicherung sowie – und zwar in erheblichem Maße – durch die Tilgung von Hypotheken (Abbildung 4). Dasselbe gilt für die Haushalte mit hohem Einkommen: Je höher die Einkommen sind, desto höher ist der Betrag, der in Relation zu den Einkünften auf die freiwillige Rentenversicherung und auf die Tilgung von Grundschulden entfällt (Abbildung 5).

Je höher die Vermögen, desto höher die Sparquote

Die Höhe der Sparquote hängt auch vom Ausmaß des Vermögens ab: Je mehr Nettovermögen (die Differenz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten) ein Haushalt hat, desto mehr wird gespart (Abbildung 6). Es gibt allerdings eine Ausnahme: Haushalte, die per saldo Schulden haben, sparen mehr als jene, die lediglich einen Notgroschen zurückgelegt haben und auch mehr als jene, die sich ohne Kreditaufnahme einen Kleinwagen leisten könnten. Dieses Verhalten ist durchaus rational: Wer Schulden hat, hält sich mit Ausgaben zurück und spart.

Der Befund, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Höhe der Sparquote und der des Vermögens gibt, könnte die landläufige Auffassung bestätigen, dass dort, wo bereits viel ist, noch mehr dazu kommt. Ganz so einfach liegen die Dinge aber nicht. Denn sofern Vermögen nicht durch Schenkung oder Erbschaften zugeflossen ist, beruht es auf eigener Leistung. Die Bildung der Vermögen braucht daher Zeit, die in der Regel vom Eintritt ins Erwerbsleben bis zum Ruhestand reicht. Entsprechend variiert die Höhe der Vermögen mit dem Alter. Auf die höchsten Vermögen kommen diejenigen Haushalte, deren Vorstand 55 bis 64 Jahre alt ist; ist der Haushaltsvorstand älter oder jünger, sind die Nettovermögen geringer (Abbildung 7). So sind Haushalte mit einem Vorstand im Alter ab 74 Jahren weniger vermögend als jene, bei denen er 45 bis 54 Jahre alt ist. Es gibt zwar keinen linearen Zusammenhang zwischen Vermögen und Alter, aber bis zum üblichen Ruhestandsalter wachsen die Vermögen; anschließend werden diese offenbar mitunter auch zur Finanzierung der Ausgaben aufgezehrt.

Bei der Verteilung der Vermögen fällt zudem auf, dass der Mittelwert ein Mehrfaches höher ist als der Median. Das gilt für alle Altersgruppen der Haushaltsvorstände. Auch unabhängig vom Alter sind die Nettovermögen demnach ungleich verteilt. Hier machen sich die Höhe der Einkommen – und damit verbunden der Erwerbsstatus – sowie das Ausgabeverhalten der Haushalte in der Vergangenheit bemerkbar.

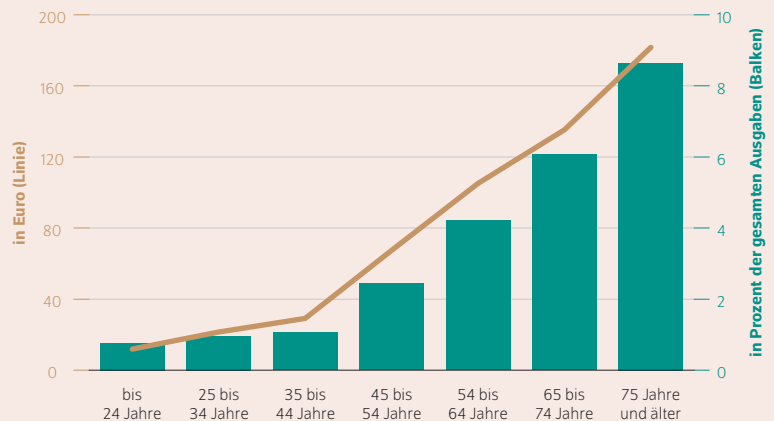
Fazit

Wofür private Haushalte wie viel Geld ausgeben, hängt stark vom Haushaltseinkommen ab – und damit vom Erwerbsstatus. Haushalte mit geringen Einkommen wenden einen vergleichsweise großen Teil ihres Budgets für Wohnen, Ernährung und Telekommunikation auf. Das zeigt sich besonders deutlich bei Haushalten mit Arbeitslosen, Studentinnen und Studenten sowie sonstigen Nichterwerbstätigen. Je höher das Einkommen ist, umso größer ist der Anteil der Ausgaben, der auf Freizeitgüter, Gaststättenbesuche, Reisen, Inneneinrichtung, Fahrzeuge und Verkehrsdienstleistungen entfällt. Ein solches Konsummuster zeigt sich besonders deutlich bei den Erwerbstätigenhaushalten. Die Konsumstruktur der Haushalte von Personen im Ruhestand ähnelt stark der der

Abbildung 3

Freiwillige Unterhaltszahlungen und Geldgeschenke¹ im Jahr 2013 nach Altersgruppen

In Euro pro Monat (linke Achse) und Anteil an den gesamten Ausgaben in Prozent (rechte Achse)



¹ Ohne Spenden etwa an gemeinnützige Organisationen.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

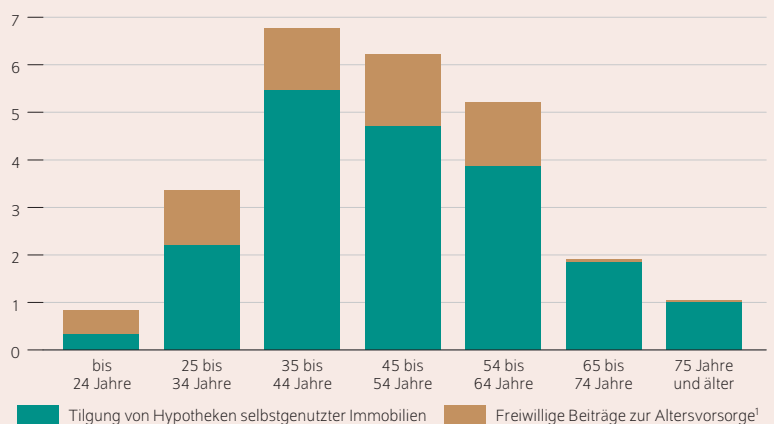
© DIW Berlin 2018

Ältere greifen ihren Kindern und Enkelkindern oft in größerem Ausmaß finanziell unter die Arme.

Abbildung 4

Tilgung von Hypotheken und Einzahlungen in eine private Rentenversicherung¹ im Jahr 2013 nach Alter des Haushaltsvorstandes

Anteil am gesamten Nettohaushaltseinkommen in Prozent



¹ Einschließlich betrieblicher Vorsorge.

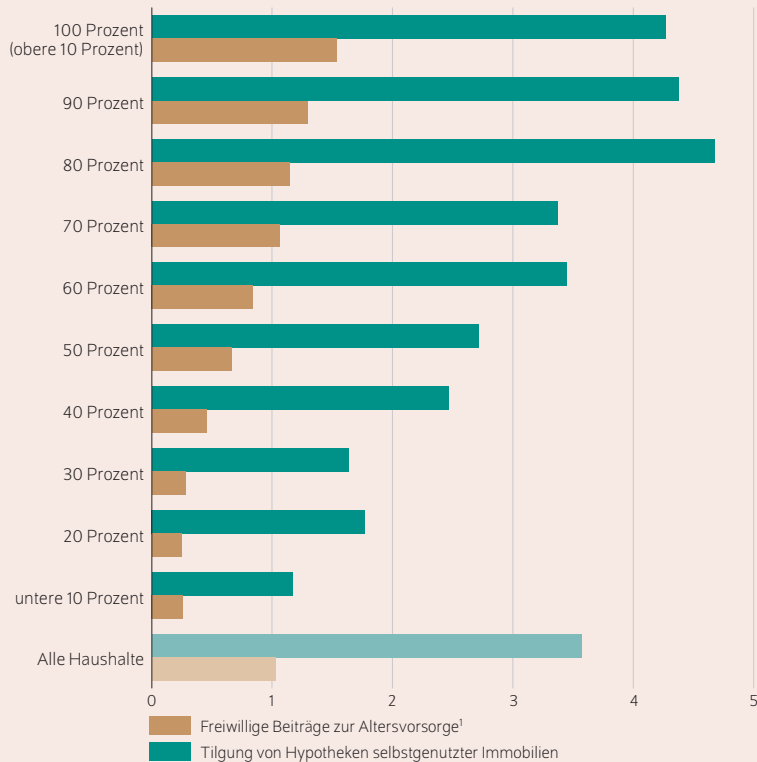
Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Vor allem Haushalte mit einem Vorstand im mittleren Alter stecken einen relativ großen Anteil ihres Einkommens in die Tilgung von Hypotheken.

Abbildung 5

Tilgung von Hypotheken und Einzahlungen in eine private Rentenversicherung¹ im Jahr 2013 nach Einkommensgruppen² Anteil am gesamten Nettohaushaltseinkommen in Prozent



1 Einschließlich betrieblicher Vorsorge.

2 Gebildet nach dem bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Je höher das Einkommen eines Haushalts ist, desto höher der Anteil, der auf die freiwillige Rentenversicherung und die Tilgung von Grundschulden entfällt.

Erwerbstätigen. Auffallend ist, dass Ältere vergleichsweise viel Geld für Geschenke und freiwillige Unterhaltsleistungen an Familienmitglieder außerhalb des Haushalts ausgeben.

Haushalte mit einem Vorstand im mittleren Alter sparen besonders viel. Das hängt auch damit zusammen, dass hier ein erheblicher Anteil des Nettoeinkommens für die Tilgung von Hypothekenkrediten verwendet wird. Überdies zeigt sich erwartungsgemäß: Je höher die Einkommen und die Vermögen sind, desto größer ist auch die Sparquote. Da Vermögen oft erst im Laufe des Erwerbslebens angehäuft werden, hängt die Höhe der Sparquote auch vom Alter ab. Die Untersuchungsergebnisse legen nahe, dass Haushalte mit einem Vorstand, der in den kommenden Jahren in den Ruhestand wechselt, eher mehr Vermögen haben werden als diejenigen Haushalte, bei denen der Vorstand das Rentenalter bereits erreicht hat.

Die hier ermittelte Sparquote ist höher als diejenigen, die in anderen neueren Studien ausgewiesen werden – auch höher als in solchen Studien, denen ebenfalls die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2013 zugrunde liegt.¹¹ Das hängt mit der definitorischen Abgrenzung der Einkommen und der Ausgaben zusammen. Beispielsweise beläuft sich die in der hier vorgelegten Untersuchung zu den Ersparnissen gezählte Tilgung von Hypotheken auf 3,5 Prozent des Nettoeinkommens.

Es sind noch andere Abgrenzungen denkbar: So könnten auch die Pflichtbeiträge der abhängig Beschäftigten für die Rentenversicherung als Ersparnisse angesehen werden, da sie spätere Leistungsansprüche generieren. Und es könnten ebenfalls die entsprechenden Einzahlungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten dazu gezählt werden, weil deren Zahlungen in die Rentenkassen im Kern nichts anderes als Lohnbestandteile sind. Würden diese Pflichtbeiträge zu den Ersparnissen hinzugerechnet, ergäbe sich nach den Daten der EVS von 2013 eine Sparquote von durchschnittlich 27 Prozent.¹² Tatsächlich dürfte sie aber noch höher sein, weil auch noch die erworbenen Anwartschaften auf Beamtenpensionen berücksichtigt werden müssten; darüber enthält die EVS jedoch keine Informationen.

Alles in allem spart die Bevölkerung Deutschlands im Durchschnitt einen erheblichen Teil ihres Einkommens. Unter den Haushalten gibt es jedoch große Abweichungen vom Durchschnitt, die stark vom Erwerbsstatus und somit vom Einkommen sowie vom Alter beeinflusst sind. So hat beispielsweise unter den 20 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen etwa die Hälfte eine negative Sparquote – das heißt, sie verschulden sich. Selbst wenn man etwa Studentinnen und Studenten, die in diese Gruppe

¹¹ Vgl. unter anderem Jochen Späth und Kai Daniel Schmid (2016): The Distribution of Household Savings in Germany. Studie der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 50 (online verfügbar). Vgl. auch Deutsche Bundesbank (2016): Household wealth and finances in Germany: results of the 2014 survey. Monatsbericht März 2016 (online verfügbar).

¹² Ersparnisse nach der hier verwendeten Definition zuzüglich des Zweifachen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) der Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung dividiert durch die Summe von Nettoeinkommen und dem Zweifachen der Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

fallen, ihre Schulden im späteren Berufsleben aber in der Regel abtragen können, ausklammert, verbleiben viele Haushalte, denen es nicht gelingt, regelmäßig zu sparen.

Bei den Haushalten, die einen Teil ihres Einkommens zur Seite legen können, stellt sich die Frage, ob sie ihre Ersparnisse gewinnbringend anlegen – insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass das nicht der Fall ist. Auffallend ist, dass immer noch vergleichsweise viel Geld in klassische, aber wenig Ertrag bringende Anlageformen wie Sparbücher oder Festgeldkonten fließt¹³ und dass in Deutschland vergleichsweise wenige Haushalte Wohneigentum besitzen.¹⁴

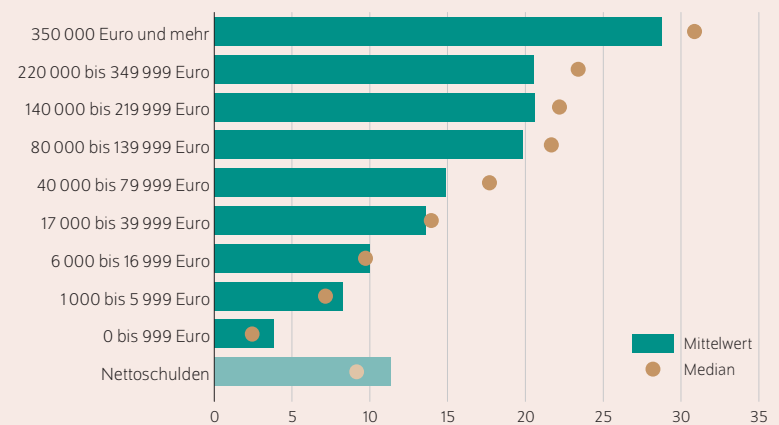
¹³ Vgl. Marcel. Fratzscher (2016): Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird. Verlag Hanser, München.

¹⁴ So war die Bundesrepublik Deutschland nach Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) im Jahre 2016 im europäischen Vergleich Vorletzter hinsichtlich des Anteils der Haushalte mit Wohneigentum; hierzulande betrug der Anteil 51,7 Prozent, in der gesamten EU waren es dagegen 69,2 Prozent.

Abbildung 6

Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 nach Höhe der Nettovermögen

Anteil am Nettohaushaltseinkommen in Prozent



Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

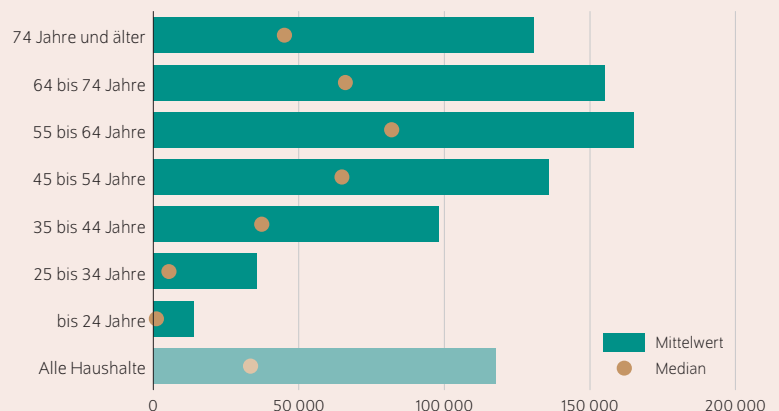
© DIW Berlin 2018

Haushalte mit mittleren Vermögen sparen etwa zehn bis 20 Prozent ihres Einkommens.

Abbildung 7

Höhe des Nettovermögens privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 nach Alter des Haushaltsvorstandes

In Euro



Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die höchsten Vermögen haben Haushalte, deren Vorstand zwischen 55 und 64 Jahren alt ist.

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Jan Pfannkuche war Doktorand am DIW Berlin | jan.pfannkuche@gmx.de

JEL: E21, D31, D12

Keywords: Consumer spending, saving rates in Germany

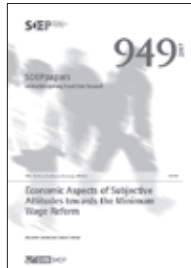
This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 12/2018:

www.diw.de/diw_weekly



SOEP Papers Nr. 949

2018 | Alexandra Fedorets, Carsten Schröder



Economic Aspects of Subjective Attitudes towards the Minimum Wage Reform

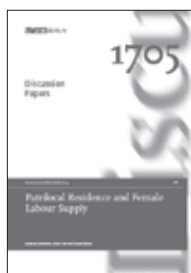
Despite some skepticism among experts about the effects of a minimum wage, there is remarkably widespread public support for such policies. Using representative survey data from 2015 and 2016, we investigate the subjective attitudes driving public support for Germany's recent minimum wage reform. We find that socio-economic characteristics and political orientations explain a minor part of the variation in attitudes, whereas beliefs that the reform will bring positive redistributive effects and perceptions that it will help people to maintain or improve their overall economic situation (measured by living standards, income, hours worked, and job security) play a major role.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1705

2018 | Andreas Landmann, Helke Seitz, Susan Steiner



Patrilocal Residence and Female Labour Supply

Many people around the world live in patrilocal societies. Patrilocality prescribes that women move in with their husbands' parents, relieve their in-laws from housework, and care for them in old age. This arrangement is likely to have labour market consequences, in particular for the women. We study the effect of co-residence on female labour supply in Kyrgyzstan, a strongly patrilocal setting. We account for the endogeneity of co-residence by exploiting the tradition that youngest sons usually live with their parents. In both OLS and IV estimations, the effect of co-residence on female labour supply is negative and insignificant. This is in contrast to previous studies, which found positive effects in less patrilocal settings. We go beyond earlier work by investigating effect channels. In Kyrgyzstan, co-residing women invest more time in elder care than women who do not co-reside and they do not receive parental support in child care or housework.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1706

2018 | Stefan Bach, Michelle Harnisch



Steuer- und Abgabenreformen für die neue Legislatur: untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten

Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen profitieren kaum von Senkungen des Einkommensteuertarifs oder vom Abbau des Solidaritätszuschlags. Zugleich führen schon moderate Entlastungen im Eingangsbereich des Steuertarifs oder beim „Mittelstandsbauch“ zu beträchtlichen Steuerausfällen und entlasten auch hohe Einkommen, soweit die Spitzensteuersätze nicht angehoben werden. Wenn die Steuerpolitik untere und mittlere Einkommen bei den Steuer- und Abgabenbelastungen wirksam entlasten will, muss sie die indirekten Steuern oder die Sozialbeiträge senken.

Bei der Mehrwertsteuer könnte der ermäßigte Steuersatz auf Nahrungsmittel und öffentlichen Nahverkehr auf 5 Prozent reduziert werden. Ferner könnten Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen bei den Sozialbeiträgen entlastet werden, entweder direkt durch einen Freibetrag oder indirekt durch einen teilweisen Abzug von der Einkommensteuer.

Low- and middle-income households barely benefit from cuts in personal income tax rates, or from the reduction in the solidarity surcharge. At the same time, even moderate reductions concentrated on low incomes or in the belly-shaped tax curve (Mittelstandsbauch) lead to considerable tax losses and also relieve high incomes, provided the top tax rates are not increased. If the tax policy aims to effectively relieve the tax burden of low- and middle-income households lower, it must reduce indirect taxes or social contributions. For VAT, the reduced rate on food and public transport could be reduced to 5 per cent. Furthermore, low and middle income households could be relieved from social security contributions, either directly through an allowance or indirectly through a partial income tax credit.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





STEFAN LIEBIG

Die Tafeln als Versagen des deutschen Wohlfahrtsstaats? Kann man so nicht sagen.

Prof. Dr. Stefan Liebig ist Vorstandsmitglied und Direktor der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld.

Die deutschen Tafeln, die jüngst in den Schlagzeilen stehen, unterstützen mittlerweile 1,5 Millionen Menschen bundesweit: für Sozialverbände und viele andere ein untrügliches Zeichen für eine Zunahme der Armut und ein Versagen der hiesigen sozialen Sicherungssysteme.

Allein dem Staat die Verantwortung zuzuschreiben greift jedoch zu kurz. Wir wissen zu wenig über die Situation und die Motive derjenigen, die zu den Tafeln gehen. Die erhöhte Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln kann nämlich sehr unterschiedliche Gründe haben. Einer ist sicherlich, dass Bedürftige darauf angewiesen sind, weil sie über keine oder deutlich zu geringe finanzielle Mittel verfügen. Das würde heißen, dass vor allem in deutschen Städten – dort ist der Zulauf bei den Tafeln am höchsten – ein Teil der Menschen in absoluter Armut leben. Absolute Armut liegt vor, wenn man grundlegende Bedürfnisse (Nahrung, Unterkunft) nicht befriedigen kann, und sie galt lange Zeit hierzulande als überwunden. Kehrt sie zurück und nimmt sie sogar zu, dann würden die sozialen Sicherungssysteme tatsächlich ihren grundgesetzlich verantworteten Auftrag nicht erfüllen. Die zur verfügbaren empirischen Daten belegen dies aber nicht. Die regelmäßig veröffentlichte Armutsgefährdungsquote bezieht sich auf die *relative* Einkommensarmut. Demnach gelten Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des Medians als arm. Steigt also das durchschnittliche Einkommen im Land, während es bei einkommensschwachen Haushalten stabil bleibt, dann steigt auch die Armutsgefährdungsquote. Das lässt aber nicht auf eine Zunahme der *absoluten* Armut schließen.

Wir Ökonomen kennen viele Märkte, in denen Angebote Nachfrage erzeugen. Smartphones, ohne die keiner von uns mehr auskommt, sind ein gutes Beispiel. Die zunehmende Anzahl von Tafeln in Deutschland stellt auch eine Steigerung eines bestimmten Angebots dar, das Nachfrage generieren kann. Bedürftige Haushalte können entscheiden, ob sie ihre Lebensmittel im Laden kaufen oder auf das kostenlose Angebot zurückgreifen. Die Tafeln ermöglichen es, bei einem Ausgabenposten zu sparen und das Geld anderweitig auszu-

geben. Warum kommt es zu dieser Umschichtung? Sind die Haushalte dazu gezwungen, weil sie nur so andere – einen Mindestlebensstandard garantierende – Ausgaben decken können? Oder wollen sie Konsumausgaben tätigen, die den eigenen Vorlieben und Wünschen besser entsprechen – zum Beispiel das knappe Geld lieber für Bücher statt für Brot und Joghurt ausgeben – und die über das, was als soziales Minimum in der Gesellschaft angesehen wird, hinausgehen?

Wenn das so ist, heißt es noch lange nicht, dass sich daraus kein Handlungsbedarf des Staates ergibt. Einkommensschwache Haushalte geben zwei Drittel ihres Einkommens für Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnen aus. Zwingend bleibt dann weniger für andere Posten wie Kultur, Bildung oder Sport übrig, die Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein vielversprechender Ansatz wäre hier, nicht die sozialstaatlichen Transfers zu erhöhen, sondern die Steuern auf Lebensmittel und Güter zur Deckung der Grundbedürfnisse abzusenken.

Handlungsbedarf für die Sozialsysteme und die Politik wird man aber letztendlich nur identifizieren können, wenn die Gründe für die zunehmende Inanspruchnahme der Tafeln besser analysiert werden können. Für die Diskussion zentraler – auch sozialpolitischer – Fragen benötigen wir detaillierteres empirisches Wissen, das auch die Motivlagen, Gründe und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger umfasst. Wir empirischen Sozialforscherinnen und –forscher sind gerne bereit, den Tafeln hierbei zur Seite zu stehen. Auch als Würdigung ihrer wertvollen Arbeit.

Eine längere Fassung dieses Gastbeitrags ist am 6. März 2018 bei Spiegel Online erschienen.